Freitag, 25. Januar. (Abend=Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

№ 10772.

Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Ketterhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 ℳ., durch die Post bezogen 5 ℳ. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1878.

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 25. Jan. Im Unterhaus verneinte Lord Northcote die Frage Hanbury's, ob die Regierung die Friedensbedingungen kenne. Lord Hartington erklärte, die heutige Ankündigung einer Creditforderung von Seiten Lord Northcote's für unvereinbar mit dessen Versprechen, nicht eher Vorschläge zu machen, bis er die Friedensbedingungen kenne. Northcote antwortete, als er dieses Versprechen abgab, habe er gehofft, die Friedensbedingungen in ein bis zwei Tagen kennen zu lernen. Seitdem sei eine Woche verlaufen, die Regierung kenne die Bedingungen nicht nur nicht, sondern bedeutende russische Streitkräfte setzten auch ihren Vormarsch fort. Die Regierung glaube deshalb, mit ihren Vorschlägen nicht länger zögern zu dürfen. Sie werde am Montag weitere Erklärungen abgeben. — In den Vorsälen des Parlaments herrschte große Erregung. Im Oberhause fehlten die Lords Derby und Carnarvon. Es circulirte das bis jetzt nicht bestätigte Gerücht, Carnarvon habe demissionirt.

London, 25. Jan. „Times" und „Daily News" melden den Rücktritt Derby's und Carnavon's. Die „Times" hört, Carnavon's Demission sei acceptirt; es dürften aber große Anstrengungen gemacht werden, um Derby's Rücktritt zu verhindern. Die „Times" erfährt ferner, der von dem Ministerium geforderte Extracredit werde 5 Millionen Pfund Sterling betragen. „Daily News" melden, für den Fall, daß die Russen auf Gallipoli vorrücken, wurde der Admiral der Mittelmeerflotte, welche sich gegenwärtig im Golfe von Saros befindet, dahin instruirt, eine aus Marinesoldaten und Matrosen bestehende Streitkraft in der Nachbarschaft Bulais zur interimistischen Vertheidigung von Gallipoli zu landen und sechs der geräumigsten Schiffe bereit zu halten, um das Gros der Garnison von Malta unverzüglich nach Gallipoli zu führen.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Versailles, 24. Januar. Sitzung des Senats. Auch die heute vorgenommene Wahl eines lebenslänglichen Senators führte zu keinem Resultat Die absolute Majorität betrug 136 Stimmen: es erhielt indeß der Herzog Decazes nur 128, Victor Lefranc nur 129 Simmen, die übrigen Stimmen zersplitterten sich. Die sonach nothwendige anderweite Wahl wurde auf 14 Tage vertagt.

Wien, 24. Jan. Nach Mittheilungen aus Konstantinopel, welche der „Polit. Corresp." zugehen, wären die Schwierigkeiten bei den Waffenstillstandsverhandlungen, welche insbesondere die künftige Gestaltung Bulgariens und die Kriegsentschädigung betreffen sollten, noch nicht gehoben und hätten die türkischen Delegirten, trotz ihrer Vollmachten, gestern auf's Neue um Instructionen gebeten. Die türkische Armee, die sich zur Vertheidigung der Hauptstadt concentrire, dürfe sich in Kurzem auf 110 000 Mann belaufen. — Aus Athen wird dem Blatte gemeldet, die Bildung eines Ministeriums Komunduros habe im ganzen Lande zu neuen kriegerischen Kundgebungen Anlaß gegeben. Dem Einflusse derselben würde sich das zahlreiche Actionselemente enthaltende Cabinet um so schwerer entziehen können, als der König immer mehr sich als den Anhänger einer activen Politik kundgebe.

Konstantinopel, 24. Jan. Die Truppen Mehemed Ali Paschas, die bei Kirkilissa standen, haben sich nach Kuleli Burgas zurückgezogen, die Straße von Kuleli Burgas hierher ist noch offen und frei. Von den in Adrianopel befindlich gewesenen Geschützen wurden etwa 60, nachdem man sie unbrauchbar gemacht hatte, in Adrianopel zurückgelassen, der übrige größere Theil der Geschütze ist in Tschataldja eingetroffen. — Die Kammer hat die Regierung aufgefordert, Maßregeln gegen die Entwerthung der Kaimes zu ergreifen.

Abgeordnetenhaus.

51. Sitzung vom 24. Januar.

Die Gesetzentwürfe betreffend die Betheiligung des Staates an dem Unternehmen einer von Kiel über Eckernförde nach Flensburg führenden Eisenbahn und betreffend die Ausdehnung des Unternehmens der Westholsteinischen, von Neumünster über Heide nach Tönning führenden Eisenbahn auf die Betheiligung an dem Unternehmen einer von Heide nach Wesselburen führenden Zweigbahn und die Uebernahme des Betriebes derselben durch die Westholsteinische Eisenbahngesellschaft werden ohne Debatte in dritter Berathung genehmigt.

Es folgt die gestern vertagte Abstimmung über die Anträge zu den Petitionen des Grafen Droste=Vischering. — Abg. v. Schorlemer=Alst: Gestern sind fünf Redner gegen uns und nur einer aus unserer Partei zum Wort gekommen. In Folge dessen haben wir drei Anträge auf namentliche Abstimmung gestellt. Nachdem die Bitte, unseren Rednern bei der nächsten Debatte mehr Spielraum zu gewähren, abgelehnt worden ist, wäre es nur Handhabung unseres guten Rechtes, wenn wir darauf beständen. Es genügt uns aber, vor dem Lande zu constatiren, wie von Seiten des Hauses gegen die Minorität verfahren wird. (Große Unruhe.) Ich ziehe aber jetzt, um unsererseits zu constatiren, daß wir unnöthig die Geschäfte des Hauses nicht aufhalten wollen, zwei der Anträge zurück und bitte, nur über den Antrag der Commission namentlich abzustimmen. — Abg. Lasker: Es wurde von Seiten des Centrums angeboten, gegen eine bindende Verpflichtung, daß man bei der Berathung der nächsten Petition mehrere Redner zum Wort lasse, die Anträge auf namentliche Abstimmung zurückzuziehen. Ich habe die Antwort gegeben, daß ich einen solchen Handel über Abstimmung und Discussion überhaupt nicht eingehe. (Beifall). Sollte es sich als rathsam herausstellen, mehrere Redner zum Wort zuzulassen, so habe ich nichts dagegen einzuwenden; aber vorher kann ich mich nicht binden. Das ist etwas Anderes, als der Abg. v. Schorlemer eben mitgetheilt hat — Abg. v. Schorlemer=Alst: Es ist von der Mehrheit abgelehnt worden, mehrere unserer Redner in der nächsten Discussion zum Wort zu lassen; von einem Handelsgeschäft ist dabei nicht die Rede. — Abg. Lasker: Die Mehrheit hat der Abg. v. Schorlemer doch nicht befragen können; wer waren die einzelnen Personen, mit denen er verhandelt hat? Die Herren im Centrum haben den Schluß der Discussion durch Einbringung der Anträge auf namentliche Abstimmung kritisirt. Wir können uns aber niemals, selbst bei Anwendung unbequemer und unnützer Zeitverschwendung mit sich bringender Geschäftsordnungsmittel dahin bringen lassen, die Discussion anders zu führen, als wir es für angemessen und sachlich angezeigt halten. (Sehr richtig.) Ich habe selbst gegen den Schluß gestimmt, bin aber gewohnt, den Beschluß der Mehrheit zu respectiren und nicht directe und indirecte Censuren mir gefallen zu lassen. — Abg. v Schorlemer=Alst bemerkt, daß er mit den Abg. Graf Schack und Delius gesprochen habe, die ihm gesagt hätten, es wäre keine Aussicht, daß auf unseren Vorschlag eingegangen würde. — Abg. Lasker erwidert, daß man seitens der Majorität nur auf eine Verabredung nicht eingehen wollte. — Die 4 Abänderungsanträge werden abgelehnt, der Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung dagegen mit 267 gegen 104 Stimmen angenommen. Abg. v. Minnigerode enthält sich der Abstimmung. Gegen die Tagesordnung stimmen außer dem Centrum und den Polen auch einzelne Conservative und der Abg Bürgers.

Es folgt die Petition der katholischen Einwohner des Dorfes Neuhof bei Heilsberg, welche um die Auflösung der dortigen Simultanschule bitten. Die Unterrichtscommission beantragt auch hier den Uebergang zur Tages=Ordnung. Abg. Windthorst beantragt die Petition der Regierung zur Abhilfe zu überweisen, eventuell: die Petition der Staatsregierung zur Abhilfe in der Richtung zu überweisen, daß in diesem Falle, wenn die Erziehungsberechtigten (Eltern, Vormünder) die kirchlichen Garantien dafür, daß der Religionsunterricht in der öffentlichen Schule im Sinne der römisch=katholischen Kirche ertheilt wird, als zur Zeit vorhanden nicht erkennen, kein Zwang zur Theilnahme ihrer Kinder an dem Religionsunterrichte geübt werde.

Abg. Windthorst (Meppen): Die Gemeinde Neuhof ist zur Zeit, als die Simultanschule eingerichtet wurde, garnicht gehört worden. Auf die Frage, ob die Simultanschulen überhaupt zweckmäßig sind, ist die Commission gar nicht eingegangen; aber nach den gestern hier gehörten Aeußerungen, daß ohne Religionsunterricht keine Volksschule gedacht und, wie der Abg. Virchow sagte, der Religionsunterricht nur confessionell ertheilt werden kann, begreife ich nicht, wie man überhaupt auf Simultanschulen kommen kann. Diese Schulen sind im höchsten Grade bedenklich und sollten nicht eingeführt werden; das war auch früher die Anschauung der Regierung und des Staatsoberhauptes. Man will durch das ganze Schulsystem die volle und ganze Lehre der katholischen Kirche zurückdrängen, ich könnte auch sagen, fälschen. Was meinen eventuellen Antrag betrifft, so kenne ich keinen ärgeren Gewissensdruck als denjenigen, durch welchen Eltern gezwungen werden, die ihnen von Gott anvertrauten Kinder einem Religionsunterricht zu übergeben, der sie nach ihren Anschauungen nicht zur Seligkeit führen kann. Leider hat sich der Vorkämpfer in diesen Dingen, der Abg. Virchow, gestern auf die Seite der Regierung gestellt und erklärt, daß er nicht anstehe, unsere Anträge zu verwerfen. (Abg. Virchow: Gesetzgebung!) Wir dürfen auf die Gesetzgebung nicht warten; Gewissensdruck darf keine Secunde ertragen werden, und ich zweifle noch, ob der Abg. Virchow diese Gesetzgebung erleben wird. (Heiterkeit.) Besonders der Abg. Gneist hat gestern gegen uns gesprochen und mit großer Geschicklichkeit den Punkt, auf den es ankam, zurückgeschoben. Er hat die juristischen Ausführungen Reichenspergers nicht berührt und zwar aus gutem Grunde; sonst hätte sein Ruf als Jurist an diesen Deductionen Schaden leiden können. Auch das ist unrichtig, daß es erst dem preußischen Staate vorbehalten gewesen, die Volksschulen einzurichten; in Westfalen, der Rheinprovinz und Schlesien standen die Volksschulen schon vor der preußischen Herrschaft in vollster Blüthe. Auf die Kinder der Protestanten kann nicht hingewiesen werden; denn keine katholische Schule hat jemals beansprucht, daß die wenigen protestantischen Kinder, welche die Schule besuchen, am Religionsunterricht theilnehmen sollen. Wir verlangen nur das, was den Schülern israelitischer Confession längst gestattet ist; diese brauchen nicht am Religionsunterricht theilzunehmen und ich begreife nicht, wie ein Theil der jüdischen Mitglieder des Hauses uns einen Zwang auferlegen will, den sie selbst nicht haben. Die nagelneue Theorie des Abg. Gneist von der missio canonica kann ich nicht anerkennen. Der Reg.=Commissar, der gestern gesprochen hat, ist in dieser Beziehung für mich gar keine Autorität; er hat die protestantische Majorität des Hauses aufgefordert, die Kinder vor den Schulen zu schützen, auf welche die katholische Kirche Einfluß hat, und damit scheidet er für mich aus der Reihe der katholischen Autoritäten aus. (Heiterkeit.) Wenn Sie über katholische Dinge mit uns discutiren wollen, müssen Sie zunächst katholisch denken können; wir sind mit unseren Auffassungen über die katholische Kirche aufgenommen worden und nicht mit denen, welche die Protestanten darüber hegen mögen. Die missio canonica ist ein göttliches Recht der Kirche. Noch jetzt darf ohne dieselbe, ohne bischöfliche Autorisation, Niemand Religionsunterricht ertheilen, dies wird auch von protestantischen Kirchenrechtslehrern, wie Richter und Dove, anerkannt; und Schulte sagt ausdrücklich, daß derjenige, der das bischöfliche Recht auf Ertheilung der missio canonica und damit den maßgebenden Einfluß der Kirche auf die Ertheilung des Religionsunterrichtes bestreitet, sich selbst außerhalb der Kirche stelle. Der Staat hat gar kein Recht, den Religionsunterricht zu beeinflussen; die Lehren des Dr. Falk über diesen Gegenstand haben gar keine Autorität für mich. Es ist Pflicht der Kirche, für den Religionsunterricht zu sorgen, bis der Staat nach schweren Prüfungen erkannt haben wird, was es heißt, die Hilfe der Kirche beim Religionsunterricht zurückzuweisen. In dieser Nothlage müssen die Eltern für die Kinder sorgen; denn aus der Schulpflicht des Staates für die Unmündigen gegen schlechte Lehren, von welcher Gneist gesprochen hat, könnten doch die schlimmsten Folgerungen gezogen werden. Wenn ich zum Beispiel Minister wäre, könnte ich danach den Herren Virchow und Gneist, die Ansichten hegen, wie sie sie gestern ausgesprochen haben, ihre Kinder wegnehmen und in eine Schule bringen, wo sie andere Ansichten kennen lernen. (Heiterkeit.) Eine solche allgemeine und willkürliche Schutzpflicht des Staates existirt nicht. Ein protestantischer Minister, der sich noch dazu zur Aufgabe gemacht hat, Rom zu bekämpfen, kann doch nicht darüber entscheiden, was katholische Lehre ist und was nicht. Auch ein Collegium, wie es der Abg. Virchow gestern gewollt hat, ist dazu unfähig. (Abg. Hänel: Unsinn! Das hat Virchow nicht gesagt.) Ist das Unsinn, so machen Sie es mit Ihrem Collegen Virchow ab: Die einzige Instanz, die hier entscheiden kann, ist die Kirche. Wenn der Abg. Lasker gestern gesagt hat, daß am Rhein die Richter darüber befinden könnten, so täuscht er sich. Die Richter können nur nach den Gesetzen urtheilen, und ich möchte wissen, welchen Codex sie darüber befragen sollten, ob etwas katholisch sei oder nicht. Das alte Programm der Fortschrittspartei, die Trennung von Staat und Kirche, ist nicht mein Ideal, aber so wie die Dinge jetzt liegen, ist darin noch die beste Regelung zu finden; eine Ehe, in welcher die Gatten nicht zufrieden leben, muß getrennt werden, bis dieselben wieder zu Verstande kommen. (Heiterkeit.) Je früher Sie sich gütlich vertragen, desto besser werden die Sachen applanirt werden; je länger Sie sich sträuben, desto schlimmer ist der Prozeß. (Beifall im Centrum.)

Geh.=Rath Stauder: Ich habe den legitimen Einfluß der Kirche in meiner gestrigen Rede sowohl im theoretischen als praktischen Theil vollständig gewahrt. Nur zum Schluß der Rede habe ich die Majorität aufgefordert, die Schule nicht zu einem Annexum der Kirche zu machen. Diese Aufforderung würde ich auch heute noch wiederholen als preußischer Schulbeamter im Interesse des preußischen Volkes, des preußischen Schulwesens und im Interesse der Zukunft unserer Nation (Lebhafter Beifall). Ich würde das heute noch sagen, nachdem der Abg. Windthorst — ich kann parlamentarisch die Art und Weise nicht bezeichnen (Große Unruhe im Centrum) — sich erlaubt hat, mich wegen meiner confessionellen Stellung gewissermaßen zu excommuniciren. (Sehr wahr!) Ich appellire wegen dieses Vorgehens des Abg. Windthorst an das Urtheil des Landes und dieses Hauses. (Sehr gut! links. — Unruhe im Centrum.) Ich habe nie verlangt, daß wegen der Frage der missio canonica, betreffs deren ich mich als Schulmann und nicht als Jurist ausgesprochen habe, meine Autorität anerkannt werde. Schließlich kann ich nicht umhin, es auf's Tiefste zu beklagen, daß inmitten der Landesvertretung ein Regierungscommissar am Ministertisch in Bezug auf seine heiligsten inneren religiösen Angelegenheiten (Gelächter im Centrum) nicht mehr sicher ist vor Angriffen. Ich überlasse das Urtheil hierüber dem hohen Hause. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. Lasker: Der Abg. Windthorst hat im Verlauf seiner Rede erklärt, daß er die Haltung der jüdischen Mitglieder des Hauses in dieser Frage nicht verstehe. Die Wichtigkeit der vorliegenden Frage überragt alles, was in Zukunft unsere Gesetzgebung noch beschäftigen wird. Diese Wichtigkeit besteht darin, daß Sätze, die theoretisch nebeneinander unvereinbar sind, in der Praxis vereint werden sollen. Die Regierung wünscht, daß der confessionelle Religionsunterricht in der Volksschule obligatorisch sei; von allen Seiten wird anerkannt, daß die Religion in innigem Zusammenhang mit dem ganzen Volksschulunterricht bleiben soll, daß die betreffenden Confessionen ihren Antheil an der Beaufsichtigung oder Leitung dieses Unterrichts haben sollen, daß aber dem Staate auch alle Machtmittel geboten werden sollen, um etwaigen Ausschreitungen entgegenzutreten und den Schulzwang aufrecht zu erhalten. Eine Verständigung über diese Gegensätze kann nur bei einer Discussion über positive Vorschläge erzielt werden und ich kann es deshalb nur bedauern, daß uns der Regierungscommissar gestern blos einige negative Gedanken des Cultusministers betreffs des Unterrichtsgesetzes vorgetragen hat. Diese liefern kein Material für die positive Lösung, sondern zeigen nur die großen Schwierigkeiten des Unterrichtsgesetzes. Lange bevor das Wort Culturkampf erfunden war, haben die liberalen Parteien gegen die Regierung den Standpunkt vertreten, daß der unbedingte, maßgebende und unmittelbare Einfluß der Kirche auf den Volksschulunterricht unverträglich sei mit der Aufgabe des preußischen Staates und daß von dem bisher befolgten System abgewichen werden müsse. Deshalb darf sich der Abg. Windthorst auch nicht wundern, die Fortschrittspartei heute gegen die Centrumsanträge eintreten zu sehen. Früher waren die Herren, die jetzt im Centrum sitzen, nicht so abgesondert wie heute. Erst als Ende der 60er Jahre diese Herren eine Gefahr für ihre Kirche darin erblickten, daß der Staat etwas von dem bisher befolgten System abwich, wurde die Parole der spezifisch katholischen Wahlen ausgegeben, weil es gelte, fortan die Rechte der Kirche zu vertheidigen, welche die Liberalen bekämpften. Dies ist der Ursprung der Bildung der Centrumspartei (Widerspruch) — ich kann es aus Ihren Programmen bei den Wahlen im Jahre 1869 und 1870 beweisen (Widerspruch.) Damals setzte sich der rheinische Katholicismus mit dem rheinischen Liberalismus auseinander, von da datirt die Feindschaft. Unser Programm ist es von jeher gewesen, daß bei Einführung des Schulzwanges und wenn man die Kinder unter die Unterrichtsvormundschaft des Staates stelle, dieser dann auch die Garantie dafür übernehmen müsse, daß in den Volksschulen nichts vorgehe, was einer guten Erziehung der Kinder schaden könne. Nehmen Sie nun den Fall an, es thue sich eine Religionsgemeinschaft auf, welche den Atheismus zum Mittelpunkt ihrer Lehre mache. Würden Sie derselben gestatten, einen solchen Unterricht in den Volksschulen zu ertheilen und dem Staate zuzurufen: du hast dich nicht hineinzumischen. (Ruf aus dem Centrum: Das ist keine Religion.) Wie ist es denn mit dem Mormonismus? Darf dieser öffentlich gelehrt werden? Wenn Sie auch hier sagen wollen, das sei keine Religion, so wird Ihnen der Mormone antworten: wie will der weltliche Staat beurtheilen können, was religiös ist oder nicht. (Sehr gut! links.) Ich anerkenne den himmelweiten Unterschied zwischen alten historisch bewährten Kirchen und Neubildungen, die sich noch nicht bewährt haben, aber wie wollen Sie dann die besondere Behandlung der katholischen Kirche begründen, da doch der Abg. Windthorst alle Religionen berücksichtigt wissen will. (Abg. Bachem: Nur die anerkannten Religionen!) Ja da kommen wir sofort zum Gewissenszwang, da haben Sie den Staat als weltlichen Richter. (Sehr gut!) Consequent ist nur das Eine: der Staat garantirt, daß die Kinder in den Schulen weder an Leib noch Seele Schaden leiden. Damit ist der Religionsunterricht in der Volksschule sehr wohl verträglich. Darf aber der Staat Gewissenszwang ausüben? Ich halte es für ungerechtfertigt, wenn Eltern und Kinder zu einem Religionsunterricht gezwungen werden, den sie für eine Irrlehre halten. Allerdings dürfte dieser Satz kaum vor dem canonischen Recht bestehen, welches das freie Urtheil der Eltern diesbezüglich nicht kennt. Wird irgendwo Gewissenszwang geübt, so würden wir, selbst wenn die Regierung formell im Rechte wäre, doch das materielle Unrecht rügen, und Remedur beantragen. Ich glaube dies für die große Majorität dieses Hauses sagen zu dürfen. (Zustimmung.) In den Petitionen wird erwähnt, es könnten Vergewaltigungen vorkommen, wenn kein geeigneter Lehrer da sei oder wenn Irrlehren vorgetragen würden. Um dem vorzubeugen, brauchen wir keine Annahme der Petitionen, zumal keine concrete Beschwerde vorliegt, denn der Herr Minister hat gestern ausdrücklich erklärt, daß er diesfalls die Kinder dispensiren werde. (Abg. Windthorst: Er will aber selbst entscheiden, was als „Irrlehre" zu betrachten ist und das kann nur die Kirche!) Der Minister hat gestern erklärt, daß er bei Beurtheilung der Irrlehre lediglich die religiösen Anschauungen der Eltern berücksichtigt und das ist doch keine Entscheidung über die Irrlehre an sich. Er hat beispielsweise angeführt, daß einem römisch katholischen Vater gegenüber der Altkatholicismus eine Irrlehre sei und umgekehrt. Ein solches Urtheil entscheidet doch nicht, ob nun der altkatholische oder der römisch=katholische Glaube objectiv der richtigere sei, und deshalb können Sie das wohl auch einem protestantischen Minister überlassen. Meine Ausführung, daß am Rhein der Richter über diese Frage entscheide, hat Windthorst mißverstanden. Der Richter entscheidet nur in dem Fall, wenn der Vater eines Kindes wegen Schulversäumniß in Strafe genommen wird, ob hier Dispens Platz zu greifen hat oder nicht. Außerdem haben sich die Abgg. Windthorst und Reichensperger selbst auf die Entscheidung des Obertribunals berufen, welcher Lehrer zum Religionsunterricht geeignet sei oder nicht. Betreffs der missio canonica wird ausgeführt, daß man katholisch sein müsse, um diese Dinge zu verstehen. Aber wie kann denn der Abgeordnete von dem unkatholischen Staat verlangen, ein Gesetz über die missio canonica zu geben? (Unruhe im Centrum. Ruf: Das soll er auch nicht.) Ja dann begreife ich nicht, wie Herr Windthorst uns ½ Stunde lang aufgehalten hat mit dem Nachweis, daß das Landrecht schon die missio canonica begründet habe. Der Staat hat Ihnen die missio canonica nicht gegeben als Bibelspruch, sondern mit der Staatsgewalt. (Widerspruch.) Würden wir die Petitionen mit einem bestimmten Antrag der Regierung übermitteln, so würde der politische Eindruck folgender sein: Das Centrum würde behaupten können, die höchste Stelle hat uns zwar Unrecht gegeben, das Haus hat zwar wiederholt gegen unsere Forderung entschieden, aber jetzt ist eine Wandlung eingetreten, die Petitionen sind der Regierung überwiesen worden. Einem solchen Schein setzen wir uns nicht aus, denn wegen der Dispensationsbefugniß und der Gewissensfreiheit existirt zwischen Parlament und Regierung keine Differenz. Wenn dann vom Centrum heute die Freiheit der individuellen religiösen Ueberzeugung vertheidigt worden ist, so will ich nicht untersuchen, ob dies nicht den Lehren der katholischen Kirche selbst widerspricht, aber ich freue mich, daß wir auch von dort Zuzug und Hilfe bekommen, denn diese Freiheit vertheidigen wir seit langer Zeit, soweit sie nicht gegen die Rechtsordnung des Staates verstößt. (Aha!) Ob freilich diese Freiheit des Centrums sehr ernst gemeint ist, bezweifle ich, nachdem heute ein Katholik seinem katholischen Mitbürger hier öffentlich jede Gemeinschaft mit der wahren Religion abgesprochen hat (Abg. Windthorst: Ist nicht geschehen). Jawohl ist das geschehen. Ich bezweifle diese Freiheitsliebe, nachdem der Abg. Windthorst diese Seite des Hauses und Jeden, der seine Ansicht nicht theilt, mit Ausdrücken wie Atheisten, Deisten und Theisten regalirt. Als Entschuldigung kann man freilich anführen, daß die Herren in der Vertheidigung der Freiheit der religiösen Ueberzeugung noch Neophyten sind. (Heiterkeit). Wir werden uns nicht irre machen lassen und die Volksschule frei halten von der Uebermacht der Kirche. Wir werden dafür sorgen, daß dabei das volle religiöse Gefühl und auch das Bedürfniß der Religionslehre zum Ausdruck kommt, soweit das vereinbar ist mit der Volksschule. Einem Gewissenszwang werden wir niemals zustimmen und die Regierung hat ebenfalls erklärt, daß sie Gewissenszwang in keinem Falle dulden werde. Hiervon ist aber auch in den Petitionen gar nicht die Rede. Der spezielle Gegenstand dieser Verhandlung bezieht sich auf Simultanschulen. Gründlich werden wir diese Frage erst beim Unterrichtsgesetz erörtern können, aber aus meiner persönlichen Erfahrung kann ich constatiren, daß nichts Besseres für den Religionsfrieden geschehen könne, als das gemeinsame Unterrichten der Kinder (Sehr wahr! links) und daß durch den getrennten Unterricht dieses gegenseitige Nichtverständniß kommt, daß man fast nicht mehr mit einander discutiren kann. Ich habe in meiner Vaterstadt eine Volksschule besucht, wo protestantische, katholische und jüdische Kinder gemeinsam und nur in der Religion getrennt unterrichtet wurden. Der religiöse Sinn litt damals keinen Schaden. Als aber später eine frömmelnde Richtung eine confessionelle Trennung durchsetzte, konnte keine Confession einen ordentlichen Unterricht einrichten. Die Kinder müssen schon in der Schule Toleranz lernen, oder ist es vielleicht ein Satz der von Ihnen vertretenen Toleranz, daß eine solche Toleranz nicht gestattet sei. Meine Ueberzeugung ist, daß der religiöse Sinn des Einzelnen nicht gefördert werde, wenn man ihn verquicke mit Absonderung und Intoleranz. Da bereiten Sie die böse Saat vor, aus denen die böse Saat hervorgeht, über die Sie sich beklagen, weil da

...uche für die Religion und eine andere ... Leben gelehrt wird. (Sehr gut!) Des... Sie dringend, aus keinem Nebengrunde ...scheinend einem Wege zu folgen, welcher ...t, den wir bis zum Jahre 1870 ohne Mitwir... der Regierung für einen schädlichen gehalten haben und hierbei Gott sei Dank seit 1870 die ganze Gewalt der conservativen preußischen Regierung auf unserer Seite haben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Schorlemer-Alst: Der Abg. Windthorst hat den Geh. Rath Stander nicht vor dem Hause excommunicirt, aber wenn die Regierungscommissarien als Katholiken wohl mit Absicht vom Cultusminister gegen uns vorgeschickt werden, dann ist es wohl an der Zeit, ihren Katholicismus einmal zu beleuchten. Wenn der Staat uns nicht die Garantien bieten kann, daß in der Volksschule ein echt römisch-katholischer Religionsunterricht ertheilt werde, dann wollen wir allerdings lieber den Religionsunterricht aus der Volksschule entfernen. Es ist unrichtig, daß die Schulfrage Veranlassung zur Bildung des Centrums gegeben hat, das war der bekannte Klostersturm und der nicht zur Berathung gekommene Bericht des Abg. Gneist darüber. Man wollte erst Deutschland einigen und dann Culturkämpfen. Erst nach dem Erlaß des Schulaufsichtsgesetzes haben wir diese Frage mit in unser Programm aufgenommen. Daß der Mormonismus in Consequenz der Windthorst'schen Ausführungen freien Religionsunterricht in Preußen haben müsse, ist eine Uebertreibung des Abg. Lasker. Die Polygamie ist bei uns strafrechtlich verboten. In einem christlichen Staate wäre die Angelegenheit leicht geordnet, entäußert sich aber der Staat seines christlichen Charakters, hebt er die entsprechenden Bestimmungen der Verfassung auf, dann muß er wenigstens Freiheit im Religionsunterricht gewähren. Das Gesetz macht allerdings den Religionsunterricht in der Volksschule obligatorisch, aber nur unter der Bedingung, daß Garantien für die echte Lehre gegeben sind. Die Positionen verlangen nicht die Anstellung der Volksschullehrer durch die Kirche, sondern nur, daß der katholische Religionslehrer in der Volksschule seine Befähigung vor der competenten kirchlichen Behörde darthue. Gegenwärtig fehlt aber achthundert solchen Lehrern die missio canonica. Der Minister will Dispensation ertheilen, wenn ihm der Nachweis der Irrlehre erbracht wird, und er führt als Beispiel an, daß er römisch katholische Kinder von dem Religionsunterricht altkatholischer Lehrer dispensirt. Eigentlich ist er hier inconsequent, denn er betrachtet die Altkatholiken doch verfassungsmäßig noch als rechtmäßige Katholiken. Es giebt aber viele vom Staate gestützte katholische Religionslehrer, welche innerlich Altkatholiken sind. Ueber Irrlehren sollen nun rheinische Gerichte, das Obertribunal oder gar eine unabhängige Behörde urtheilen. Was in Preußen eine unabhängige Behörde ist, das kennen wir! (Unruhe links!) Wenn Sie abhängige Behörden nicht kennen gelernt haben, dann gratulire ich Ihnen zu Ihrer Naivetät. Ueber das Vorhandensein von Irrlehren kann für uns nur die Kirche entscheiden. Wir kommen „abgestimmt" hierher, aber veranlaßt durch Sie, die Sie vorher beschlossen haben, für die Regierung durch Dick und Dünn zu stimmen. Das Thema der religiösen Freiheit in Verbindung mit den Rechtsordnungen des Staates habe ich schon öfter erörtert. Für die Katholiken giebt es jetzt nur noch Rechtsunordnungen. (Au!) Die Majorität des Hauses und die Regierung sind Protestanten, sie stehen auf einem religiös uns prinzipiell entgegengesetzten Standpunkt. Sie stehen auf dem Standpunkt der freien Forschung, wir sind gebunden an das Lehramt der Kirche. Und diese uns abgeneigte Majorität und Regierung entscheidet über unsere wichtigsten religiösen Angelegenheiten. Die Gründung einer Simultanschule — die man in Westfalen Simulantenschule nennt (Au!) — in Neuhof ist veranlaßt durch einen falschen Bericht des dortigen Schulinspectors und war zwangsweise nicht nothwendig. Heute wird der Abg. Gneist für den Commissionsantrag stimmen, obwohl hier alle Requisiten vorhanden sind, welche er in seiner gestrigen Rede für nothwendig erklärt hat, um das Haus zu veranlassen, zum Schutze der Minorität einzuschreiten. Ich bemerke noch, daß seine so scharf gegen die Katholiken gerichtete Rede nicht geeignet war, den confessionellen Frieden zu fördern. Verbieten Sie lieber den katholischen Religionsunterricht ganz, das wäre wenigstens ehrlich, aber untergraben Sie ihn nicht langsam. Der Abg. Virchow hat gestern klar gesagt, daß der Cultusminister entscheiden solle, ob Irrlehren in dem katholischen Religionsunterricht gelehrt werden. Wenn das Gewissensfreiheit ist, daß Sie uns den Minister Falk als unfehlbaren Papst aufoctroyiren — wir danken dafür, wir werden es nicht acceptiren. (Redner citirt sodann gegen die Simultanschulen einen Landtagsabschied aus dem Jahre 1838 und einen Vortrag des Geh. Rath Schneider). Wir machen nicht Opposition gegen unser Vaterland, sondern gegen die schmachvollen Maßregeln, mit denen man uns bedrückt.

Abg. Miquel: Wir sind überhaupt nicht im Stande die hier gestellte Frage zu lösen. Wenn der Staat confessionelle Schulen beibehalten hat, so ist das nur historisch erklärlich; vom abstrakt-philosophischen Standpunkt wäre man zu einem anderen Resultate gelangt, denn der Staat ist nicht confessionell. Diese staatliche confessionelle Schule ist nur möglich geworden durch die Thatsache des guten Verhältnisses des Staats zu den kirchlichen Körperschaften. Der Conflict, in dem wir uns befinden, ist nur ein Ausfluß des allgemeinen Conflictes mit der katholischen Kirche. Das Mittel, welches der Abg. Windthorst geboten, kann ich nicht acceptiren, es würde zu dem entgegengesetzten Ziele führen. In den Zeiten der heutigen Erregung, des Mißtrauens der Katholiken dem Staate und seinen Behörden gegenüber würde die Freiheit der Väter, ihren Kindern nach ihrem Belieben Religionsunterricht ertheilen zu lassen, zu einer vollständigen Religionslosigkeit der Schule führen. Damit würde in dem protestantischen Theile des Staates eine confessionelle Schule bestehen, in dem katholischen eine confessionslose, ein Zustand, welcher für keinen Staat erträglich ist. Es fehlt an jeder Garantie, daß die Entscheidung der einzelnen Familienväter wirklich nur dadurch hervorgerufen wird, um den Gewissenszwang zu beseitigen; wahrscheinlich aber wird häufig die politische Erregung entscheiden. Das nehme ich an, daß nicht die katholische Kirche, sondern die Individuen selbst entscheiden werden, obgleich mir eine solche Freigabe nicht ganz dem Prinzip der katholischen Kirche zu entsprechen scheint. Daß der Staat Garantien giebt, welchen einen richtigen confessionellen Religionsunterricht versichern, ist selbstverständlich, so lange ein obligatorischer Religionsunterricht besteht. Wenn nur in einzelnen Fällen nachgewiesen werden kann, daß es nicht möglich ist, den Religionsunterricht vom Standpunkte der betreffenden Confession zu ertheilen, so hört der Zwang auf; bis jetzt ist kein solcher Beweis erbracht, und auch wenn 800 Lehrer ohne missio canonica lehren, so ist damit noch lange nicht bewiesen, daß dieselben nicht im Sinne der katholischen Kirche lehren. Ich will nicht entscheiden, ob die Simultanschule jemals mehr als ein Nothbehelf bleiben wird; jedenfalls soll sie aber nur dann eingeführt werden, wenn die bestimmtesten Garantien für die Confessionen vorhanden sind. Diese Garantie ist nicht vorhanden, wenn die Entscheidung allein von der discretionären Gewalt des Cultusministers abhängig ist. Jedenfalls darf man die Errichtung von Simultanschulen nicht gegen den Willen der Bevölkerung erzwingen. Dauernd kann diese Frage erst mit dem Unterrichtsgesetz geregelt werden. In dem vorliegenden Fall ist die Errichtung der Simultanschule formell nicht gerechtfertigt, weil sie gegen den Willen der Interessenten erfolgt ist; praktisch empfiehlt es sich allerdings, für 25 evangelische Kinder nicht eine besondere Schule zu errichten.

Abg. Franz: Die Simultanschulen seien zu verwerfen, weil es den kirchlichen Organen an den Mitteln fehle, den Religionslehrer genügend zu controliren. Die Gemeinde Neuhof habe das neue Schulhaus nur in der Voraussetzung gebaut, daß dort eine confessionelle Schule eingerichtet werde; die Gemeinde habe sich direct gegen eine Simultanschule ausgesprochen. Wenn die Regierung gemeint habe, die Gemeinde könne einen zweiten Lehrer nicht besolden, so hätte man das doch erst abwarten müssen; es werden viele Schulen in Schlesien aus den Sammlungen des Bonifacius-Vereins und unserer Vereine erhalten.

Geh. Reg.-Rath Wätzoldt: Der Vortrag des Geh. Raths Schneider, den der Abg. v. Schorlemer erwähnt hat, ist vor neun Jahren von diesem, als er noch nicht im Ministerium war, gehalten worden. Was die Petition aus Neuhof betrifft, so ist es nicht richtig, daß die Regierung auf einen falschen Bericht des Kreisschulinspectors die beiden confessionellen Schulen in eine paritätische umgewandelt hat. Schon der frühere Kreisschulinspector hatte diesen Gedanken gehabt, und die Regierung hat auf den Bericht des jetzigen Kreisschulinspectors die beiden Schulvorstände gehört, von denen sich der evangelische für, der katholische gegen die Umwandlung aussprach. Die Regierung hatte davon erst, nachdem die Vereinigung verfügt worden war, Kenntniß erhalten; nach dem Bericht des Schulinspectors hat ein Mitglied des katholischen Schulvorstandes hinterher seine Zufriedenheit mit der Verfügung der Regierung ausgesprochen, was nicht anders gedeutet werden konnte, als daß diejenigen, die früher gegen denselben gestimmt hatten, nunmehr damit einverstanden wären. Uebrigens rechtfertigt sich die Vereinigung aus sachlichen Gründen, da in Neuhof 20 evangelische und 100 katholische Kinder die Schule besuchen und somit eine Ueberlastung des katholischen Lehrers eintrat. Zur Bildung einer Halbtagsschule konnte sich die Regierung nicht entschließen, weil hierdurch die Ausbildung der Einzelnen geschädigt worden wäre; darauf, daß die katholischen Interessenten einen zweiten Lehrer selbst erhalten wollten, konnte die Regierung nicht eingehen, weil die Schulunterhaltungspflicht Sache der bürgerlichen Interessenten, nicht der katholischen, ist. Es lag also im pädagogischen Interesse, die Schulen zu vereinigen. Inzwischen berichtet die Regierung, daß die Opposition der katholischen Interessenten, nachdem ein Theil in Schulstrafen genommen worden, aufgehört hat und der Schulbesuch regelmäßig geworden ist. Die evangelischen Kinder nach der Schule in Heilsberg zu schicken, ging nicht an, da zunächst der Magistrat dieses Ortes seine Einstimmung hierzu hätte geben müssen, außerdem aber Heilsberg 2½ Kilometer von Neuhof entfernt ist.

Abg. Windthorst (Meppen) bemerkt, daß er nicht daran gedacht habe, Jemanden aus der Kirche auszuschließen; er habe nur ein Citat von Schulte verlesen und den Hrn. Geh. Rath Stander gebeten zuzuhören. Wenn dieser nachher seine Schlüsse daraus gezogen, so könne er dies nicht hindern. Dem Abg. Lasker erwidere er, daß er stets die persönliche Freiheit geachtet habe; bis er ihm nichts Gegentheiliges beweisen könne, möge Hr. Lasker sein Neophytenthum nur in der Tasche behalten.

Abg. Lasker: Die große Majorität des Hauses hat jedenfalls den Eindruck gehabt, als ob es sich um einen Angriff gegen die religiöse Ueberzeugung des Regierungscommissarius handele.

Referent Richter (Sangerhausen) erwidert dem Abg. Miquel, daß das Haus wohl zu einer Entscheidung in dieser Frage kommen könne, da es sich hier nur um eine ganz spezielle Frage des bestehenden Rechts, nicht um große Fragen der zukünftigen Gesetzgebung handle. Was die Simultanschulen betreffe, so seien dieselben durch die gesteigerten Anforderungen an die Volksschule, die durch die einklassigen Schulen nicht mehr erfüllt werden könnten, nothwendig geworden. Referent weist dann im Einzelnen nach, daß die gestrigen Rechtsausführungen des Abg. Reichensperger bezüglich der Obertribunals-Entscheidung unrichtig seien, indem das Tribunal gerade das Gegentheil von dem ausgeführt habe, was er als Resultat vorgetragen habe. Die Staatsregierung sei übrigens, nachdem ihr durch das Gesetz von 1872 die Schulaufsicht ertheilt worden, geradezu verpflichtet, renitenten Geistlichen die Schulthüren zu verschließen.

Der Antrag Windthorst wird verworfen, der Uebergang zur Tagesordnung angenommen. — Nächste Sitzung Freitag.

Danzig, 25. Januar.

Die Centrumspartei hielt es gestern für angemessen, nachdem der von der Unterrichtscommission über die Petition des Grafen v. Droste-Vischering beantragte Uebergang zur Tagesordnung mit 267 gegen 104 Stimmen angenommen worden war, das Abgeordnetenhaus abermals in einer mehr als vierstündigen Debatte mit der Frage des katholischen Religionsunterrichts zu behelligen. Gelegenheit dazu gab ihr die Beschwerde eines ermländischen Dorfes gegen die dort erfolgte Einführung einer Simultanschule. Neues wurde zur Sache weder von dem Abgeordneten Windthorst, der seinen vorgestrigen Antrag wiederholt hatte, noch von dem Abg. v. Schorlemer vorgebracht. Als charakteristisch ist zu erwähnen die Excommunication, welche der Abg. Windthorst über den Regierungscommissar Geh. Rath Stauder, welcher der katholischen Confession angehört, verhängte. Für die Simultanschule resp. für das Recht zur Einführung derselben traten die Abgg. Lasker und Miquel ein. Der Letztere hob indeß hervor, wie die Regierung, so lange die Materie durch das Unterrichtsgesetz nicht geregelt sei, sich bei den betreffenden Schritten große Reserve aufzuerlegen habe. Ueber die fragliche Petition wurde schließlich mit großer Majorität Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Officiös schreibt man uns: „Die Erklärung der „Kreuz-Ztg." daß eine dreimonatliche Vertagung des Landtages wahrscheinlich sei, beruht auf einem bloßen parlamentarischen Gerücht. Es werden in den Sprechzimmern des Abgeordnetenhauses alle möglichen Combinationen erwogen, die man aber nicht für Thatsachen nehmen darf. Wir können wiederholt versichern, daß in Bezug auf den Landtagsschluß noch kein Beschluß gefaßt ist. Eine dreimonatliche Vertagung ist schon deshalb unwahrscheinlich, weil am Schluß der drei Monate die Lage der Dinge ganz dieselbe sein dürfte wie jetzt, der Reichstag müßte dann seine Berathungen über die Maßen beschleunigen, um nicht gleichzeitig mit dem Landtage berathen zu müssen. Ihn in eine solche Zwangslage zu versetzen, dürfte aber zu sehr gegen die Absichten des Reichskanzlers laufen."

Es wird die Nachricht verbreitet, daß der Präsident des Abgeordnetenhauses, Herr v. Bennigsen, in den letzten Tagen von Neuem in Varzin gewesen sei. Auf Grund eingezogener Erkundigungen können wir versichern, daß diese Nachricht ganz und gar erfunden ist.

Den „Hamb. Nachr." wird aus Berlin — wie es scheint aus nationalliberalen parlamentarischen Kreisen — über die innere Krisis geschrieben:

„Die bestehende Hauptschwierigkeit ist nach wie vor daß die beiden „contrahirenden Theile", der Reichskanzler und die Nationalliberalen einander „noch nicht vollständig trauen." Die national-liberale Partei beharrt in einmüthiger Geschlossenheit dabei, die Mitverantwortlichkeit für die Regierung nur dann zu übernehmen, wenn sie Garantien dafür erhält, daß sie nicht blos benutzt werden soll, sondern daß sie in die Coalition mit dem Kanzler als gleichberechtigter Factor eintritt; Männer und in einem Programm vereinbarte Maßregeln müssen diese Gewähr zusammen ausmachen. Ich müßte mich sehr irren, wenn nicht in allernächster Zeit diese Stimmung von Neuem zur Kenntniß des Fürsten Bismarck gekommen wäre. Es ist dafür gesorgt, daß der Kanzler nicht in Zweifel sein kann über die kühle und nichts weniger als beeiferte Haltung, in welcher die nationalliberale Partei und ihre Führer die Frage des Ministerwerdens einiger der Letzteren betrachten. Die Bedingungen, unter denen Fürst Bismarck die amtliche Mitwirkung der bisherigen parlamentarischen Häupter, eine sichere Mehrheit und die glatte Erledigung der Reichs-Finanzlage im Sinne der Eröffnung ausreichender selbstständiger Einnahmequellen für das Reich erlangen kann, sind in Varzin vor vier Wochen präcisirt worden, ohne daß der Kanzler denselben Widerspruch entgegen gesetzt hätte, wenn es auch zu keiner definitiven Abmachung darüber kam; an ihm, so meint man unter den Abgeordneten, sei es daher jetzt, sich endgiltig zu entscheiden. — Sollte dies am 6. Februar, wenn der Reichstag zusammentritt, noch nicht geschehen sein, dann würde die Unfertigkeit der Lage zunächst bei der Berathung des Tabaksteuer-Antrages der preußischen Regierung zum Ausdruck kommen. Die führenden Mitglieder des Abgeordnetenhauses sind, so weit sie auch dem Reichstage angehören, sämmtlich der Ansicht, daß unter den jetzt obwaltenden Umständen an die Annahme dieses Vorschlages nicht zu denken ist. Trotz der in den Motiven enthaltenen Hinweisung auf Steuerreformen und trotz der offiziösen Ankündigung, daß man innerhalb der preußischen Regierung bereits erwäge, welche Steuern abzuschaffen oder den Communen zu übertragen seien, ist es offenbar, daß der im Bundesrath eingebrachte Antrag lediglich ein solcher auf eine nackte Steuer-Erhöhung ist; den Charakter einer Reform-Maßregel kann die Vorlage nur erlangen, wenn sie durch Minister, welche das volle Vertrauen der Mehrheit besitzen, mit der Erklärung vertreten wird: die in Preußen vorzunehmenden Reformen seien innerhalb der Regierung definitiv vereinbart und diese stehe solidarich dafür ein. Ja selbst in diesem Falle wäre es noch fraglich, ob der Entwurf, wie er ist, brauchbar wäre, da er eigentlich gar keine Geldmittel für Reformen zu liefern verspricht, sondern nur ausreicht, eine Erhöhung der Matricularbeiträge zu verhüten; zu diesem Zwecke allein aber werden die Liberalen keine neue Bewilligung auf die Dauer aussprechen, da mit der Zeit die Einnahmen des Reichs doch wieder steigen müssen. Die Parteien der unbedingten Opposition vollends werden diese, wie jede andere Tabaksteuer-Erhöhung verwerfen. Auf liberaler Seite ist man der Ansicht, daß die Annahme des Entwurfs — ganz abgesehen von den angedeuteten, ihm entgegenstehenden Gründen — unter den jetzt obwaltenden unsicheren Verhältnissen zwei Folgen haben würde, die herbeizuführen man keinen Grund hat: erstens, daß durch momentane Zustopfung des Loches im Reichs-Säckel die Fortdauer der gegenwärtigen provisorischen Verhältnisse ermöglicht, zweitens daß des Finanzministers Camphausen Stellung von Neuem befestigt würde; Letzteres wünschen selbst solche Liberale nicht zu bewirken, welche früher Herrn Camphausen lebhaft unterstützten; er hat in den letzten Jahren sich gar zu ausschließlich fiscalisch gebehrdet, gar zu häufig — zum Theil anläßlich specieller Fälle, die sich der Veröffentlichung entziehen — die eine Aufgabe der Finanzverwaltung eines großen Landes verkannt, nützliche, productive Ausgaben zu ermöglichen."

In Oesterreich-Ungarn besteht augenblicklich eine Krisis, welche nicht nur den Bestand des cisleithanischen und des transleithanischen Ministeriums, sondern die gesammten Grundlagen des Donaureiches sammt dem Dualismus in Frage stellt. Seit zwei Jahren arbeiten die beiderseitigen Regierungen an der Erneuerung des 1867 nur auf zehn Jahre geschlossenen Ausgleiches, ohne damit fertig werden zu können. Wie wir mittheilten, haben die Minister beider Reichshälften in diesen Tagen eine Zusammenkunft in Wien gehabt; sie haben in den letzten zweifelhaften Fragen ein Uebereinkommen getroffen und versprochen, von den Parlamenten in Wien und Pest für diese Abmachungen ihre Existenz einzusetzen. Es sind die Zollfragen, welche die schwierigsten sind; das ungarische Parlament hat einen Theil der früher vereinbarten Schutzzölle, das österreichische Abgeordnetenhaus einen Theil der das consumtionsfähigere Cisleithanien am meisten treffenden Finanzzölle abgelehnt. Augenblicklich handelt es sich in Wien um die Zölle auf Kaffee und Petroleum. Sowohl das Cabinet Auersperg als das Cabinet Tisza haben die Cabinetsfrage gestellt. Als vorgestern im Wiener Abgeordnetenhause die Zolldebatte beginnen sollte, bat die Regierung, die Debatte zu vertagen, weil sie mit den Parteien der Majorität in directe Beziehung zu treten wünsche. Die nächste Sitzung wurde auf Sonnabend festgesetzt, und gestern Mittags hat eine Conferenz bei dem Ministerpräsidenten Fürsten Auersperg stattgefunden, an welcher die Obmänner der vier Fractionen der liberalen Verfassungspartei und des Polenclubs, der Führer der Verfassungspartei Dr. Herbst, der Präsident des Hauses Rechbauer und die beiden Referenten des Hauses über den Zolltarif Theil genommen haben. Eine Entscheidung ist noch nicht in der Conferenz erfolgt, die Obmänner werden sich erst mit ihren Fractionen verständigen. Doch ist wenig Aussicht vorhanden, daß die Fractionen der Verfassungspartei einigermaßen geschlossen für die Forderungen der Regierung eintreten. Eine Majorität dafür würde vielleicht zu finden sein, sie würde aber zum großen Theile aus den Parteien der Rechten sich zusammensetzen, und man findet es nicht in der Ordnung, wenn das Ministerium sich in seiner Existenzfrage auf andere Parteien stützen muß, als die, aus der es hervorgegangen ist.

Ueber den Beginn und den Verlauf der Waffenstillstandsverhandlungen sind noch keine offiziellen Veröffentlichungen bekannt geworden. Bekannt ist nur das Telegramm des Großfürsten Nicolaus, welches meldet, daß die vier türkischen Bevollmächtigten Server Pascha, Namyk Pascha, Ferik Newny Pascha und Liva Osman Pascha am 17. Januar in Hermanli eingetroffen und daselbst feierlich durch den General Stroganoff empfangen worden sind. Der letztere hat sie nach Kasanlyk geleitet, wo sie am 19. Januar erwartet wurden. Da der Großfürst Kasanlyk erst am 24. Januar verlassen und am 27. in Adrianopel eintreffen wollte, so sind die türkischen Bevollmächtigten wenigstens 4 Tage mit dem Großfürsten zusammen gewesen. Die späte Abreise des Großfürsten nach Adrianopel deutet dahin, daß derselbe nicht die Absicht haben konnte, die Verhandlungen erst in Adrianopel zu beginnen.

Die Verzögerung der Waffenstillstandsverhandlungen und die Bedrohung der Meerengen hat endlich den britischen Löwen aufgerüttelt. Im englischen Parlament hat gestern der Schatzkanzler Lord Northcote angekündigt, daß die Regierung einen Extracredit beanspruche, der von der „Times" auf 5 Millionen Pfund angegeben wird. Dem Anschein nach will Disraeli diesmal wirklich Ernst machen; denn wenn es nur eine Demonstration gälte, um auf Rußland einen Druck auszuüben, so würden nicht Graf Derby, der Minister des Auswärtigen, und Lord Carnarvon, der Colonialminister, aus dem Cabinet scheiden wollten. Bei Derby mag der Unmuth darüber mitwirken, daß er selbst von Beaconsfield in den Hintergrund gedrängt wurde, daß der Premier sich so geberdet, als ob nicht ein Mann im Foreign Office säße, der die Leitung des auswärtigen Amtes wie ein Familienerbstück betrachten kann. Man glaubte immer, daß der Minister für Indien, Lord Salisbury, bei Eintritt kriegerischer Eventualitäten mit Carnavon die Regierung verlassen werde, was nun doch nicht der Fall ist.

Den kriegerischen Entschluß Englands wird man doch nicht gleich zu tragisch nehmen dürfen. Zunächst handelt es sich um Gallipoli, das England zu einem neuen Gibraltar machen möchte, und wo weder Muhamedaner noch Christen sie so leicht wegbekommen werden. Der Golf von Saros, wo sich Admiral Hornby nach den „Daily News" befinden soll, ist die tiefe Bucht des ägäischen Meeres, welche die lange schmale Halbinsel von Gallipoli (den thracischen Chersones) vom übrigen Thracien trennt. Fraglich ist noch, ob England auch beim Angriff der Russen auf Konstantinopel thatsächlich den Türken zu Hilfe eilt.

Deutschland.

⊙ Berlin, 24. Januar. Dem Bundesrath ist ein Gesetzentwurf zugegangen, welcher sich auf die Erwerbung des Decker'schen Grundstücks und der noch unbebauten Grundstücke Nr. 4 und 5 in der Voßstraße bezieht. Bei der Verhandlung des Reichstags über den Ankauf dieser Grundstücke wurde der Ankauf genehmigt, gleichzeitig aber bestimmt, daß über die angekauften Grundstücke nicht eher verfügt werden sollte, als bis über den Platz für das Reichstagsgebäude eine feste Bestimmung getroffen sei. Da nun das Terrain in der Voßstraße mit dem Platze für das Reichstagsgebäude auf keinen Fall etwas zu thun hat, sondern für das Reichsjustizamt bestimmt ist, aber der erwähnte Reichstagsbeschluß so gefaßt ist, als ob das Grundstück in der Voßstraße ebenso behandelt werden sollte, wie das Decker'sche, so beantragt die Regierung eine ausdrückliche Beschränkung des in Rede stehenden Vorbehalts auf das Decker'sche Grundstück. — Bekanntlich ist auf persönliche Anregung des Reichskanzlers die Frage wegen des Verkehrs mit Lebensmitteln zuerst im Reichsgesundheitsamte erörtert worden. Auf Grund dieser Erörterungen ist im Reichsjustizamt unter Zuziehung von Commissarien der nächstbetheiligten preußischen Ministerien ein Gesetzentwurf festgestellt worden, der nächstens in die weiteren Stadien der legislativen Berathung gelangen dürfte.

— Von hier aus wird der „K. H. Z." die mit Vorsicht aufzunehmende Nachricht telegraphirt, daß der Präsident des Oberkirchenraths, Herrmann, seine Entlassung erhalten wird, und der Consistorialpräsident Ballhorn in Königsberg als dessen Nachfolger in Aussicht genommen sei.

* In der gestrigen Sitzung des preußischen Staatsministeriums gelangte auch der vom Reichsgesundheitsamt vorbereitete Gesetzentwurf, betreffend die Einführung einer obligatorischen Leichenschau zur Berathung. Als Vertreter der letztgenannten Behörde nahm der Geh. Reg.-Rath Dr. Finkelnburg an der Sitzung Theil. Es scheint hiernach die Erwartung sich zu bestätigen, daß das Leichenschaugesetz in der nächsten Reichstagssitzung vorgelegt werden wird.

— Der evangelische Oberkirchenrath hat kürzlich (mit der Unterschrift seines Präsidenten Dr. Herrmann) einen jetzt besonders interessanten Bescheid über die Bestätigung eines von einer Gemeinde gewählten Pfarrers vor Beendigung des gegen denselben eingeleiteten Disciplinarverfahrens erlassen. „Wir können nicht anerkennen" — so wird in dem Bescheide ausgeführt — „daß dem Betreffenden allein aus dem Grunde, weil eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet ist, die Bestätigung versagt werden dürfe. Die Untersuchung als solche bildet weder rechtlich noch thatsächlich ein Hinderniß der Wählbarkeit oder Bestätigung. Die Untersuchung erscheint hier nur insofern erheblich, als dadurch zugleich der Verdacht eines vorhandenen, die gesetzliche Wählbarkeit, nach § 10 No. 2 der Verordnung vom 2. Dezember 1874, betreffend das Pfarrwahlrecht der Gemeinde, ausschließenden sittlichen Defects begründet wird. Stellt sich ein solcher Defect nach dem Ergebnisse der Untersuchung als nicht vorhanden heraus, so fehlt jeder Grund, dem Gewählten die Bestätigung zu versagen. Die Entscheidung ist deshalb bis zur Erledigung der anhängigen Untersuchung auszusetzen. Die damit gegebene Verzögerung der Sache ist ein Uebelstand; indessen sind die daraus der Gemeinde erwachsenden Unzuträglichkeiten auch in diesem Falle eben nur solche, wie sie für jede Gemeinde aus der Einleitung einer Disciplinar-Untersuchung gegen ihren Geistlichen erwachsen. Wohl aber würde eine entgegengesetzte Entscheidung nicht nur zu geradezu unerträglichen Härten gegen den betreffenden Geistlichen führen, sondern auch zu einer nicht unerheblichen Gefahr für das Gemeinde-Wahlrecht gereichen."

Bonn. Dr. Konitzer kann in den Rheinlanden noch immer nicht zur Ruhe kommen. Für's Erste steht hier die gerichtliche Verhandlung gegen seinen Vertrauens-Mann, den Steuer-Empfänger Gützer, Mitglied des deutschen Vereins in Münster-Eifel, in Aussicht. Dann tritt der Bürgermeister von Düren, Werners, auf den Schauplatz, welcher,

wie er neulich in einer Stadtverordneten-Sitzung erklärt hat, sich durch die Conduiten-Listen des Dr. Konitzer beleidigt fühlt und entweder gerichtlich gegen denselben vorgehen oder bei der vorgesetzten Behörde Beschwerde erheben wird. Aus anderen Orten verlautet ebenfalls von neuen Prozessen gegen den unglücklichen Agenten, und wir werden also gewiß noch manches interessante Detail aus den Erfolgen jener patriotischen Spionir-Reise zu hören bekommen.

Mannheim, 21. Januar. Seit die preußischen Vorschläge wegen Erhöhung des Eingangs-Zolls für ausländischen Tabak (auf 42 M. pr. Ctr.) und Einführung des Gewicht-Zolls für inländisches Product (18 M. pr Ctr.) bekannt geworden, — schreibt man der „Fr. J." — hat das Tabaks-Geschäft plötzlich Leben bekommen. Die Fabrikanten beeilen sich, Vorräthe einzunehmen, und die Preise gehen fortwährend in die Höhe. Niemand zweifelt daß es diesmal mit der Zoll- und Steuer-Erhöhung Ernst werden wird. Die Tabak-Pflanzer, Händler und Fabrikanten fahren fort, sich über Vorschläge zu berathen, welche die beabsichtigte Vermehrung der Reichs-Einnahmen sichern, ohne einen der für unser Land volkswirthschaftlich so wichtigen Erwerbszweige zu gefährden; man hofft, daß es gelingen werde, den Weg des Ausgleichs mit Erfolg zu betreten.

Oesterreich-Ungarn.

Pest, 24. Jan. Die liberale Partei berieth gestern über das Zollbündniß mit Oesterreich und über den Zolltarif. Der Ministerpräsident Tisza erklärte, daß die Regierung aus der Annahme der Ausgleichsvorlagen eine ernste Cabinetsfrage mache. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt werden. (W. T.)

Schweiz.

Bern, 21. Januar. Laut Vernehmen soll der Bundesrath sämmtlichen an dem Gotthardbahnunternehmen betheiligten Staaten, Cantonen und Gesellschaften mittelst Kreisschreiben zur Kenntniß gebracht haben, daß er den Antrag auf Subvention des Gotthardbahnunternehmens durch die Eidgenossenschaften der Bundesversammlung nur unter folgenden fünf Bedingungen vorlegen werde: „1) daß der von den auf die Schweiz fallenden 8 Millionen Nachsubvention den Cantonen und Gesellschaften zugetheilte Antheil durch feste Zusage gesichert ist; 2) daß die von ihnen früher eingegangenen Beiträge fortbezahlt werden, wofür die Gesellschaften Garantien zu leisten haben; 3) daß die auf Deutschland und Italien fallenden Nachsubventionen von je 10 Millionen ebenfalls fest zugesichert sind; 4) daß die Gotthardbahngesellschaft einen genügenden Finanzausweis leiste und 5) daß dieselbe auf die concessionsmäßige höhere interne Taxe gegenüber den niedrigsten internationalen transitaren Verzicht leiste." Selbstverständlich haben die Betheiligten sich zunächst über die vom Bundesrathe aufgestellten Bedingungen in letzter Instanz auszusprechen. Unter solchen Umständen ist es kaum möglich, daß die Frage der Subvention des Gotthardbahnunternehmens durch den Bund schon in der Februarsession der Bundesversammlung zur Entscheidung gelangt.

Frankreich.

Paris, 23. Januar. Das Gesetz vom 12. August 1876 bestimmt den zweiten Montag nach Ostern für die Eröffnung der jährlichen Session der Generalräthe. In diesem Jahr fällt dieser zweite Montag auf den 29. April. Da nun die Eröffnung der Weltausstellunng am 1. Mai stattfindet, so ist es wünschenswerth, daß die beiden Kammern an diesem Tage in Session sind. Der Ministerrath beschloß deshalb, die Generalräthe schon auf den 7. April zusammenzuberufen; die Kammern würden sich dann am 6 vertagen und am 29 April wieder vereinigen, so daß sie sich bei Eröffnung der Ausstellung in Session befinden würden. Ein Gesetzentwurf, der dahin geht, ausnahmsweise in diesem Jahre von dem Gesetz vom 12. August 1876 abzuweichen, wird den Kammern vorgelegt werden und höchst wahrscheinlich auf keine Schwierigkeiten stoßen. — Der Oberstlieutenant Hervé in Nantes gesteht in einer öffentlichen Erklärung die Echtheit des ihm von dem „Phare de la Loire" zugeschriebenen Tagesbefehles zu, behauptet aber, daß außer diesem kein anderer Tagesbefehl vom Platzcommando erlassen sei. Der „Phare de la Loire" bestreitet das nicht, entgegnet aber, daß der Tagesbefehl des Obersten Hubert-Castex vollkommen echt sei und nur nicht vom Platz-, sondern von dem Divisions- an das Platzcommando erlassen worden wäre. Der Oberst Hubert-Castex sowohl als der Präfect von Nantes sind nach Paris berufen worden und einer der Abgeordneten dieser Stadt, Herr Laisant, hat über die Angelegenheit bereits eine Unterredung mit dem Kriegsminister gehabt. Beide kamen überein, daß Herr Laisant übermorgen in der Kammer die Sache in Form einer Ansprache vorbringen soll.

Italien.

Rom, 20. Jan. Die Rede des Königs in der gestrigen Sitzung des Parlaments bestand in einfacher Ablesung der Rede, welche er schon bei der Vereidigung der Truppen am ersten Tage der Ausstellung der Leiche des Königs hielt. Hierzu leitete er selbst mit den Worten ein: „Ich komme nun dazu, den Vertretern des Volkes die Worte zu wiederholen, welche ich im ersten Augenblicke des Schmerzes an mein Volk gerichtet habe." Wichtiger, als diese im ganzen gut stilisirte Thronrede, waren die beiden Amnestie-Decrete. Der Artikel 1 des ersten hebt vollständig die Strafen für die begangenen politischen und Preßvergehen auf. Der zweite Artikel auch die Strafe für die begangenen anderen Vergehen und Verbrechen, so weit dieselbe die Einsperrung während sechs Monate nicht überschreitet und verkürzt die Einsperrung bei denjenigen, wo sie dies thut um sechs Monate. Auch Geldstrafen sind amnestirt, soweit sie einer Einsperrung zu sechs Monaten entsprechen, oder, wo sie höher sind, um so viel vermindert, als einer Gefängnißhaft von sechs Monaten entspricht. Statt aller ausgesprochenen Todesstrafen tritt Zwangsarbeit für Lebenszeit ein. Civilansprüche, welche aus criminellen Verurtheilungen hervorgehen, werden durch dies Decret nicht berührt. Mancini hat dasselbe allein contrasignirt. Das zweite Decret geht nur Deserteure, Renitenten und Refractäre an, denen die Amnestie zu Gute kommt, soweit sie sich melden, um ihre Gesetzübertretung wieder gut zu machen. Dies haben Mancini und Magliani, ferner der Kriegsminister Mezzacapo und der Marineminister Brin contrasignirt. Beide Amnestie-Decrete kommen in Italien einer großen Menschenmenge zu Gute.

— 23. Januar. Das Ministerium hat dem „Diritto" zufolge beschlossen, die gegenwärtige parlamentarische Session zu schließen und die neue Session am 14 Febr. zu eröffnen. (W.T.)

England.

London, 22. Jan. Ueber den Nothstand in der Türkei liegen seit gestern neuere Berichte des Botschafters Layard vor, welche die traurige Gewißheit bringen, daß die Noth in schrecklicher Weise zunimmt. Es flüchten gegenwärtig gegen 300 000 Leute der Hauptstadt zu. Gegen 100 000 liegen hilflos und obdachlos im Schnee. Die „Morning Post" fordert angesichts dieses Elendes den Lord Mayor auf, eine öffentliche Geldsammlung behufs Linderung der Noth einzuleiten. — Die „Nadel der Kleopatra" ist gestern Nachmittag glücklich im Ostindischen Dock unterhalb London eingelaufen. Die Königin hat Dixon, welcher die Verschiffung auf eigene Kosten unternommen hat, auf telegraphischem Wege ihren Glückwunsch ausgesprochen. — Der Africareisende Stanley wird heute Abend hier erwartet. Ein öffentlicher Empfang ist nicht für ihn vorbereitet. Will er von der königlichen geographischen Gesellschaft als Ehrengast empfangen werden, so, meint man, müsse er sich erst von dem Vorwurfe des unnöthigen Blutvergießens, der aus seinem eigenen Schreiben entnommen worden ist, reinigen. Man vermuthet allerdings, daß er nachweisen werde, er habe nur zur eigenen Vertheidigung Blut vergossen und daß die Schilderung seiner Waffenthaten nicht ganz wörtlich aufzufassen ist. In diesem Falle wird die geographische Gesellschaft ihm die gebührende Ehre erweisen. Auch im anderen Falle soll ihm ein Festmahl gegeben werden, doch nicht von Seiten der Gesellschaft, sondern so zu sagen von der Opposition. — Zur Erinnerung an John Stuart Mill soll nunmehr ein Standbild des Verstorbenen auf dem nördlichen Themsequai in unmittelbarer Nähe des neuen Schulamtsgebäudes errichtet werden.

Türkei.

Konstantinopel, 23. Jan. Das Parlament beschloß, eine Adresse an den Sultan zu richten, in welcher derselbe aufgefordert wird, den Friedensabschluß zu beschleunigen oder, falls dies wegen der Bedingungen der Russen unmöglich sein sollte, den Widerstand bis auf's Aeußerste zu organisiren. — Die Kammer beschloß, von dem Großvezir Aufklärungen über die langsame Beförderung von Flüchtlingen auf der Eisenbahn zu verlangen, in Folge deren viele derselben vor Kälte gestorben seien. — Der englische Botschafter Layard hat der Pforte mitgetheilt, daß die Königin Victoria 100 Pfd. Sterl. dem Unterstützungsfonds für die Verwundeten überwiesen habe. (W. T.)

Griechenland.

Athen, 23. Januar. Das neue Ministerium hat sich nunmehr constituirt und ist, wie folgt, zusammengesetzt: Comunduros Präsidium und Inneres, Theodore Delyanny Auswärtiges und Cultus, Boumbullis Marine, Papamichalopulo Finanzen und Justiz, und Soteros Petmezas Krieg.

Amerika.

Newyork, 21. Jan. Nachrichten von der mexicanischen Grenze berichten, daß Indianer wieder einen Einfall in Texas gemacht, zwei Menschen getödtet und Pferde und Vieh fortgeführt haben. Die amerikanischen und mexikanischen Truppen verfolgen die Uebelthäter.

Washington, 23. Januar. In der Sitzung des Senates brachte Blaine eine Bill ein, in der die Prägung von Silberdollars vorgeschlagen wird, die so viele Grane enthalten sollen, als der Münzdirector und der Schatzsecretär jedesmal für nothwendig erachten, um den Dollar in gleichem Werthe mit dem Golddollar zu halten. Nach dem Vorschlage Blaine's soll dieser Silberdollar das gesetzliche Zahlungsmittel für die Hälfte jeder Forderung sein. — Das Unterhaus in New Yersey nahm eine Resolution gegen die Silberbill an (W. T.)

Nachrichten vom Kriegsschauplatz.

Petersburg, 24. Jan. Offizielles Telegramm aus Kasanlik vom 22. d. Mts., Nachmittags 6 Uhr: Der durch General Gurko in den Kämpfen bei Philippopel am 15., 16. und 17. d. Mts. errungene Sieg hat sich als viel vollständiger und glänzender herausgestellt, als zuerst gemeldet wurde. General Gurko kämpfte nicht gegen die Hälfte der Armee Suleiman Paschas, sondern gegen dessen gesammte Armee unter der persönlichen Führung desselben, welche 80 bis 90 Tabors zählte und über 40 000 Mann stark war. Erst nach dem Kampfe vom 17. d. M. wurde die Armee Suleiman's endgiltig in zwei Theile zersprengt. Die eine Hälfte unter Fuad Pascha, welche in den Kämpfen vom 16. und 17. d. Mts. 46 Geschütze verlor, flüchtete in der Nacht vom 18. d. Mts. in großer Verwirrung in's Gebirge in der Richtung von Najatschin und Dobroluk, wobei dieselbe 12 Geschütze in einen Abgrund stürzte. Die andere Hälfte, gegen 40 Tabors stark und über 40 Geschütze mit sich führend, unter dem Commando von Suleiman Pascha selbst, floh in derselben Nacht über die Berge gegen Tachtali, Kaladschalar Kümüdschi in der Richtung auf Haskiöi. General Gurko überließ die Verfolgung dem General Skobeleff, welcher durch die Dragonerbrigade des Generals Kraßnoff verstärkt wurde. Suleiman Pascha brachte die Nacht vom 18. d. in Tachtali, die vom 19. d. in Kaladschalar zu, von wo er an diesem Tage früh vor Tagesanbruch ausmarschirte. Voran marschirte der größte Theil der Infanterie, dann folgten 40 Geschütze, 5 Tabors bildeten die Nachhut. Die Cavallerie des Generals Skobeleff kam am Frühmorgen des 19. d. in Kaladschalar an. Das bei der Avantgarde befindliche 30. Don'sche Regiment wurde die türkische Artillerie gewahr und machte sofort einen Angriff auf dieselbe. Die die türkische Nachhut bildenden 5 Tabors wurden überrascht und ergriffen die Flucht, die Kosaken erbeuteten alle 40 Geschütze. Die Armee Suleiman Paschas hat in Folge dessen fast ihre gesammte Artillerie verloren, wir haben, eingerechnet die von den Türken in den Abgrund gestürzten Geschütze, welche herausgeholt werden müssen, 97 Geschütze erbeutet. Nach der Aussage von Gefangenen verfügt Suleiman Pascha nur noch über eine geringe Anzahl von Gebirgsgeschützen. Der Theil der Armee, welcher mit Suleiman Pascha floh, muß entweder bei Haskiöi auf die Abtheilung Generals Skobeleff II. stoßen, oder seine Flucht direct südlich in's Gebirge weiter fortsetzen. Außer der Abtheilung Generals Skobeleff II. wurde bei Haskiöi zum 18. d. noch die Gardecavallerie concentrirt und beordert, den Türken entgegen zu marschiren und dieselben aufzuhalten, auch General Skobeleff zu benachrichtigen, daß General Karzoff von Tschirpan über Kajadschik nach Haskiöi marschiren solle.

Offizielles Telegramm aus Kasanlik vom 22. d. M., Abends 10 Uhr: Wie bereits gemeldet, bemerkten Petersburger Ulanen in der Nacht vom 18. zum 19. d. auf der Straße von Haskiöi nach Hermanli einen sehr großen türkischen Train, welcher von türkischer Infanterie und bewaffneten Einwohnern geschützt wurde. Am 19. d. früh sandte General Skobeleff II. den Oberst Panjutin mit dem Uglitz'schen Regiment, dem 11. Schützen-Bataillon und 2 Geschützen gegen diesen Train vor. Etwa 12 Werst von Hermanli entfernt, holte Oberst Panjutin 6 Tabors Türken und eine große Anzahl bewaffneter Einwohner ein. Oberst Panjutin schlug und zerstreute dieselben nach einem zweistündigen heißen Kampfe und erbeutete gegen 20 000 Wagen. Der Verlust der russischen Truppen betrug 4 Offiziere und 46 Soldaten. Auf Befehl Suleiman Paschas waren einige tausend muhamedanische Einwohner aus Philippopel und dessen Umgebung wider ihren Willen weggeführt worden. Bei dem Beginn des Kampfes flüchteten diese Unglücklichen, indem sie ihre Kinder bei dem Train zurückließen. Während des Kampfes wurde das Eigenthum der Muhamedaner durch Bulgaren geplündert. Die Kinder wurden durch unsere Truppen in Schutz genommen. Nach der Beendigung des Kampfes wurde der Plünderung ein Ende gemacht, zugleich wurden Maßregeln ergriffen, um die Kinder ihren Müttern zurückzugeben. Nichtsdestoweniger war die Lage der unglücklichen muhamedanischen Familien eine schreckliche. Infolge der Befehle Suleiman Paschas und der dadurch hervorgerufenen großen Panik flüchteten die Muhamedaner mit ihren Familien und ihrem beweglichen Gute, nachdem sie ihre Häuser angezündet hatten. Unterwegs ging ihnen ihr letztes Besitzthum verloren. Es ist somit alles Eigenthum der muhamedanischen Einwohner zu Grunde gegangen, was nicht geschehen sein würde, wenn sie unter dem Schutze unserer Behörden geblieben wären. (W. T.)

Konstantinopel, 23 Januar. Die Russen sind noch nicht, wie in den letzten Tagen hier verbreitet wurde, gegen Gallipoli vorgerückt. In Keschan und Tschorlu sind dieselben nicht. — Mit fieberhafter Spannung werden hier Nachrichten über das Zustandekommen des Waffenstillstandes erwartet. — Reisende, welche Sonnabend Adrianopel verließen und heute erst in Konstantinopel eingetroffen sind, erzählen, daß die Eisenbahnlinien von Flüchtlingen und versprengten Soldaten bis zur Station Kuldi Burgas, wohin die Russen noch nicht gekommen seien, förmlich verlegt seien. (W. T.)

Danzig, 25. Januar.

* Bei besonders heftigen Regengüssen im letzten Sommer und in früheren Jahren trat für die Anwohner des Langenmarktes, der Ankerschmiedegasse, Melzergasse, Ketterhagergasse, Reitbahn und einiger anderer Straßen der empfindliche Uebelstand einer mehr oder minder starken Ueberschwemmung ihrer Höfe und Keller hervor. Wie ermittelt worden ist, liegt der Grund daran, daß ein zu starker Wasserandrang nach dem in der Ankerschmiedegasse liegenden Hauptsiel dessen Abführungsfähigkeit beeinträchtigte und somit ein Rückstau in den Röhren entstand. Wenngleich der Uebelstand auch nur bei abnormen Witterungszuständen eintrat, mußte für denselben doch Abhilfe geschaffen werden. Zu diesem Zwecke beabsichtigt der Magistrat bei Gelegenheit des bevorstehenden Erweiterungsbaues des Ankerschmiedethurmes ein von dem Hauptsiel ausgehendes eisernes Abflußrohr nach der Mottlau, und zwar von 525 Millimeter Stärke und 30 Meter Länge, herzustellen und unter dem Ankerschmiedethurm hindurchzuführen. Dieser Abfluß soll selbstverständlich nur bei Zuständen der oben bezeichneten Art für das Regenwasser benutzt werden Die Kosten der Anlage sind, wie wir vernehmen, auf ca. 2000 Mk. veranschlagt.

* Traject über die Weichsel. [Nach dem Aushange auf dem hiesigen Bahnhof.] Czerwinsk-Marienwerder: bei Tag und Nacht per Kahn und Prahm; Warlubien-Graudenz: zu Fuß über die Eisdecke bei Tag und Nacht; Terespol-Kulm: per Kahn bei Tag und Nacht.

* Die Garnison-Baubeamten Rüble v. Lilienstern in Danzig, Kienitz in Königsberg, Dublanski in Thorn und Kochendörfer in Tilsit sind zu Garnison-Baumeistern ernannt.

* Der Vorstand des hiesigen Diakonissen-Krankenhauses hat an Stelle des verstorbenen Superintendenten Blech Herrn B. Haußmann zu seinem Vorsitzenden und Herrn Consul Brinckmann zu dessen Stellvertreter gewählt und außerdem Herr Ober-Regierungsrath v. Saltzwedel als Mitglied des Vorstandes cooptirt.

* Auf der Marienburg - Mlawkaer - Eisenbahn sind im Monat Dezember 14 522 Personen und 13 144 Tonnen Güter befördert worden. Die Einnahme im December betrug: aus dem Personen-Verkehr 17 310 M. (5655 mehr als 1876), aus dem Güterverkehr 102 733 M. (82 529 mehr als 1876), insgesammt 124 779 M. (92 526 M. mehr als 1876). Die Gesammt-Einnahme des ganzen Jahres betrug 755 647 M. und überstieg damit die vorjährige Einnahme um 600 278 M.

* Am 3. Februar wird in der hiesigen Salvatorkirche die Einführung des zum Pfarrer dieser Gemeinde erwählten Predigers Woth aus Königsberg durch den Consistorialrath Reinicke und den Vertreter des Magistrats als Patron stattfinden.

* Seit Anfang Januar wurden hier bei verschiedenen Offizieren und einer Anzahl Unterbeamten dreiste Schwindeleien dadurch verübt, daß ein Mann in den Wohnungen derselben erschien, sich als Abgesandter der betr. Offiziere resp. Beamten vorstellte, und angeblich in deren Auftrage Geld zur Bezahlung gekaufter Gegenstände in Empfang nahm oder Sachen für dieselben abholte. Der Schwindler ist gestern endlich in der Person des Arbeiters N. ermittelt. Derselbe hat bereits eine große Anzahl derartiger Betrügereien eingestanden.

* Das bei Elbing, unweit Vogelsang, belegene kleine Gut Teichhof ist, nach der „A. Z.", in diesen Tagen von der bisherigen Besitzerin, Frau Gutsbesitzer Becker, für den Preis von 87 000 M. an den Oekonomen v. Riesen verkauft worden.

* In Stallupönen verstarb am 22., Morgens, ein Kind unter den Symptomen der Vergiftung. Die Mutter desselben hatte aus einem Materialwaaren-Geschäft eine sog. „bunte Düte" mitgebracht und von dem Inhalt der Düte dem Kinde zu essen gegeben. Bei näherer Untersuchung fand man in der Düte chromsaures Kali vor.

Vermischtes.

* Mittelst Verfügung des General - Postmeisters vom 17. d. M. ist die fernere Einrichtung von 48 neuen, mit Fernsprechern auszurüstenden Reichs-Telegraphenämtern in 25 Ober-Postdirectionsbezirken angeordnet worden. In Folge der bisher gemachten Beobachtungen im Betriebe der bereits bestehenden Fernsprechämter, sowie der im physikalischen Kabinet des General-Telegraphenamts und in der Telegraphen-Bauanstalt von Siemens u. Halske zu Berlin unausgesetzt betriebenen weiteren Versuche hat die Leistungsfähigkeit des Apparats durch besondere Vorrichtungen noch merklich erhöht werden können.

Breslau, 24. Januar. Carl v. Holtei ist zu seinem heutigen 80. Geburtstag vom Könige das Ritterkreuz des Hausordens von Hohenzollern verliehen worden.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 24. Januar. [Getreidemarkt.] Weizen loco flau, auf Termine ruhig. Roggen loco und auf Termine ruhig. — Weizen pr April-Mai 210 Br., 209 Gd., pr Mai-Juni pr 1000 Kilo 212 Br., 211 Gd. — Roggen pr April-Mai 149 Br., 148 Gd., pr Mai-Juni pr 1000 Kilo 149 Br., 148 Gd. — Hafer flau. — Gerste still. — Rüböl matt, loco —, pr Mai pr 200 ℔ 73½. — Spiritus flau, pr Januar 39¼, pr Februar - März 39¾, pr April-Mai 40¾, pr Mai-Juni pr 1000 Liter 100 pCt. 41. — Kaffee ruhig, Umsatz 1000 Sack. — Petroleum matt, Standard white loco 10,90 Br., 10,80 Gd., pr Januar 10,80 Gd., pr August-Dezbr. 12,30 Gd. — Wetter: Veränderlich.

Leith, 23. Januar. Getreidemarkt. [Cochrane Paterson und Co.] Fremde Zufuhren der Woche: Weizen 28 2, Gerste 970, Bohnen 5, Erbsen 381, Hafer 553 Tons. —. Mehl 9642 Sack. — Weizen und Mehl nominell unveränderk. Tendenz zu Gunsten der Käufer.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 25. Januar.

Weizen loco etwas fester, pr Tonne von 2000 ℔

feinglasig u. weiß	130-134℔	240-260 M Br.	165-235 M bez.
hochbunt . . .	128-131℔	230-245 M Br.	
hellbunt . . .	127-130℔	225-240 M Br.	
bunt . . .	125-128℔	215-225 M Br.	
roth . . .	120-134℔	200 225 M Br.	
ordinair . . .	105-130℔	170-200 M Br.	
russisch roth . .	128-130℔	— M Br.	
russisch ordinair	115-125℔	— M Br.	

Regulirungspreis 126℔ bunt lieferbar 213 M

Auf Lieferung 126℔. bunt pr April-Mai 218 M Br., 215 M Gd., pr Mai-Juni 215 M Gd., pr Juni-Juli 222 M Br.

Roggen loco matt, pr Tonne von 2000 ℔

Inländischer und unterpolnischer 130—134 M

Russischer 126—130 M.

Regulirungspreis 120℔ lieferbar 130 M

Auf Lieferung pr April - Mai unterpolnischer 140 M Br., pr Mai-Juni do. 140 M Br.

Gerste loco pr Tonne von 2000 ℔ russische Futter- 120 M

Wicken loco pr Tonne von 2000 ℔ 100 M

Hafer loco pr Tonne von 2000℔ 135 M

Spiritus loco pr 10,000 pCt. Liter 47¼ M bez.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage 20,365 gem. 4½ pCt. Preuß. Consolidirte Staats-Anleihe 104,20 Gd. 3½ pCt. Preuß. Staats-Schuldscheine 92,20 Gd. 3½ pCt. Westpreuß. Pfandbriefe, ritterschaftl. 83,00 Gd., 4 pCt. do. do. 94,95 Gd., 4½ pCt. do. do. 101,20 Br.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 25 Januar 1878.

Getreide - Börse. Wetter: Feucht und milde, abwechselnd klare und trübe Luft. Wind: S.

Weizen loco hat auch am heutigen Markte besonders für die besseren Gattungen ziemlich gute Kauflust zu unveränderten Preisen gefunden, doch war auch die Zufuhr nur mäßig. Bezahlt ist für Sommer- besetzt 124—126℔ 191 M., bunt und hellfarbig 116—127℔ 200—214 M., hellbunt 123—127℔ 215 - 225 M., glasig 127/8℔ 219, 220 M., hochbunt und glasig 128—131℔ 227—230 M., weiß 126℔ 235 M pr Tonne. Russischer Weizen wurde in den guten Gattungen zu unveränderten Preisen gehandelt, abfallende zeigten sich weniger beliebt und waren schwerer verkäuflich. Bezahlt wurde für ordinär besetzt 111 bis 117℔ 160—165 M., blauspitzig und bezogen 120—130℔ 165—170 M., Glierka besetzt 118/9℔ 180—186, roth Winter- 119/20℔ 185 bis 188 M., roth milde 122/3℔ 196—203 M., bunt stark mit Roggen besetzt 126/7℔ 195 M., dunkel glasig 121℔ 200 M., hellfarbig 119/20℔ 205 M., weiß krank 119/2 ℔ 213 M., Sendomirca hellbunt 123/4℔ 215, 225 M., glasig besetzt 129℔ 227 M., glasig 128/9℔ 229 M pr Tonne. Termine geschäftslos, April-Mai 218 M Br., 215 M Gd., Mai-Juni 215 M Gd., Juni-Juli 222 M Br. Regulirungspreis 213 M.

Roggen loco matt, inländischer und unterpolnischer 122℔ mit 133 M., 123/4℔ 136 M., 124℔ 137 M., 125℔ 139 M., russischer 108/9℔ 114½ M., 114—120℔ 122 bis 130 M pr Tonne nach Qualität gekauft. Termine unterpolnischer April-Mai und Mai-Juni 140 M Br., Regulirungspreis 130 M. — Gerste loco matt, große 107/8℔ 155 M., 109℔ 160 M., bessere 109℔ 164 M., russische Futter- 98℔ 120 M., bessere 104℔ 128 M pr Tonne bezahlt. — Wicken loco brachten 100 M., Hafer loco 135 M pr Tonne. — Spiritus loco wurde zu 47,25 M. gekauft.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 24. Januar Wind: SW.

Angekommen: Mary Coverdale (SD.), Harrold, Libau, leer.

25. Januar. Wind SSW.

Angekommen: Agnes Linck, Utech, London, Ballast.

Gesegelt: Germania (SD.). Krabbe, Antwerpen, Getreide. — Hansine, Larsen, Gloucester, Getreide.

Nichts in Sicht.

Thorn, 24 Januar. Wasserstand: 1 Fuß 10 Z.
Wind: SW. Wetter: klarer Sonnenschein.
Der Eisstand auf der Weichsel ist unverändert.

Meteorologische Beobachtungen.

Jan.	Stunde	Barometer-Stand in Par. Linien	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
24	4	327,64	+ 1,5	W., leicht, wolkig.
25	8	326,55	+ 0,7	W., leicht, bedeckt.
	12	326,88	2,3	WSW., leicht bedeckt.

Montag, den 28. Jan.

beginnt zu gerichtlichen Taxpreisen der Ausverkauf der zur

Riess & Reimann'schen Concursmasse

gehörigen

umfangreichen Tuch=Engros=Läger

in Posten, einzelnen und halben Stücken für Wiederverkäufer, sowie in einzelnen Metern im Ausschnitt.

Breitgasse 56. Breitgasse 56.

Statt besonderer Meldung.

Heute Morgen 9 Uhr wurde uns eine gesunde Tochter geboren. (3939

Ohra, den 25. Januar 1878.

Carl Hoenig,
Bertha geb. **Behrend.**

Am 23. Januar 5 Uhr Nachmittags starb unser altes, treues, um unsern Verein hochverdientes Mitglied Herr

Director Kirchner.

Eine lange Reihe von Jahren stand er als Vorsitzender dem Gewerbeverein vor und auch als er den Vorsitz niedergelegt hatte, blieb er dem Verein ein aufrichtiger und oft thätiger Freund.

Wir verlieren Viel an ihm und eine verehrungsvolle Erinnerung wird ihm bei uns bleiben. Wir wünschen ihm selige Ruhe.

Die Mitglieder des Vereins werden ersucht sich zahlreich zum Gefolge des Begräbnisses einzufinden. (3905

Der Vorstand des Gewerbevereins.

Am 23. Januar verschied nach langem, schweren Leiden der Director der hiesigen Handelsakademie Herr

August Kirchner.

Zwanzig Jahre lang hat er seine besten Kräfte mit dem segensreichsten Erfolge unserer Anstalt gewidmet und selbst in den letzten Monaten trotz der unsäglichen Schmerzen, welche er zu ertragen hatte, nicht aufgehört für das Wohl der Schule zu sorgen und zu wirken.

Das Band schönster Collegialität vereinigte den Verstorbenen mit dem unterzeichneten Collegium, welches in ihm zu jeder Zeit einen erfahrenen Rather und treuen Freund fand. Sein Andenken wird bei uns stets in Ehren bleiben. [3944

Das Lehrer-Collegium der Danziger Handelsakademie.

Mittwoch Abend entriß uns der Tod unseren hochverehrten Director, Herrn

August Kirchner.

Wir verlieren in ihm einen treuen Lehrer, einen väterlichen Freund, aus dessen reichem Wissensschatze jeder von uns Belehrung in hohem Grade schöpfte. Seine Herzensgüte und Nachsicht sichern ihm ein dauerndes Andenken in unserm Herzen.

Die Schüler der Danziger Handels-Akademie.

Die Beerdigung des Herrn Directer Kirchner findet morgen Sonnab. Vorm. 9 Uhr vom Trauerhause, Hundegasse 10, aus statt.

Vorschuß=Verein zu Danzig,

Eingetragene Genossenschaft.

Vom **24.** Januar a. c. ab haben wir den Zinsfuß für **Vorschüsse** auf **6%**, für **Credite in laufender Rechnung** auf **6½ %** herabgesetzt.

Der Vorstand.
W. Radewald. E. Doubberok. Elsner. (3835

Allgemeiner

Bildungs=Verein.

Bei der am 14. Januar in öffentlicher Versammlung des Bildungs-Vereins bewirkten planmäßigen Ausloosung der pro 1878 zu tilgenden Vereinshaus-Actien im Gesammt-Betrage von 549 M. sind folgende in Umlauf gesetzte Actien gezogen worden:

1. zu 100 M.: No. 1460, 1494, 1512 und 1513.
2. zu 20 M.: No. 1322, 1326, 1357 und 1364.
3. zu 10 M.: No. 1003, 1014, 1054 und 1071.
4. zu 5 M.: No. 528, 538, 542 und 999.
5. zu 3 M.: No. 6, 25 und 42.

Die Inhaber dieser Actien werden ersucht, den auf dieselben eingezahlten Betrag nebst den Zinsen pro 1877 am 17. Februar und den darauf folgenden Sonntagen, von 11 bis 1 Uhr Vormittags, gegen Rückgabe der Actien in unserm Vereinshause Hintergasse 16 in Empfang nehmen zu wollen. Gleichzeitig erfolgt auch die Auszahlung der Zinsen pro 1877 für die nicht ausgeloosten Actien. (3933

Der Vorstand des Allgemeinen Bildungs-Vereins.

Gründl. Violin-Unterricht

ertheilt

Franz Schneider,

Schüler des Leipziger Conservatorium.
Anmeldungen Hundegasse 28, 2 Tr.

Eine braune Stute, 3" groß, ganz fromm und bisher bei der Infanterie geritten, ist billigst zu verkaufen. Zu erfragen Langgarten 47 im Stalle. (3872

Sonntag, den 27. Januar cr., Abends 7½ Uhr,
im Vereinshause, Breitgasse No. 83:

musikalische Soirée

zum Besten des hiesigen St. Marien-Krankenhauses.

PROGRAMM.

1. „Herr, der du rufst dem Morgenroth", gemischter Chor von Abt.
2. Clavier-Concert von C. M. v. Weber.
3. „Singende Blumen", Solo-Quartett für Frauenstimmen von Graben-Hoffmann.
4. Adeste-Fidéles. Chant religieux für Violine von C. M. von Weber.
5. „Heimkehr", Solo für Sopran von Heinrich Weidt.
6. „Die Vesper", gemischter Chor von Beethoven.
7. „Die Nachtigall", gemischtes Doppelquartett von Mendelssohn-Bartholdi.
8. Romance F-dur für Violine von Beethoven.
9. „Fahr' wohl", Solo für Sopran von Wilhelm Heiser.
10. „Heute scheid' ich, morgen wandr' ich", Männerchor von Isenmann.
11. „Von Dir", Duett für 2 Soprane von Gumbert.
12. Schwäbisches Volkslied, gemischter Chor von Th. Roschat.

Numerirte Plätze à 1,50 M., nicht numerirte à 1 M. und Stehplätze à 50 ₰, sind im Vereinshause zu haben. Texte à 10 ₰ an der Abendkasse. (3942

Der Vorstand der Cäcilien-Vereins.

Tapeten- und Teppich-Auction

Langenmarkt No. 20, parterre.

Morgen Sonnabend, den 26. Januar, Fortsetzung der Auction.

A. Collet, Auctionator.

Ausverkauf

wegen Aufgabe des Geschäfts.

Um Auctions-Kosten zu sparen und schnell zu räumen, empfehle ich **elegante**

Stoffe zu Winter- u. Sommer-Ueberziehern.

Stoffe zu ganzen Anzügen für Herren und Knaben; auf Wunsch gutsitzende und billige Anfertigung.

1000 Mützen für Herren und Knaben von 15 Sgr. an.

Hüte für Herren und Knaben in Filz und Stoff, hochfeine Cylinder von neuester Mode, 1878.

Uebertücher in Seide und Wolle, Shlipse, Hosenträger.
Englische Unterkleider, die bei der Wäsche nicht eingehen.
Regenschirme in Seide und Zanella enorm billig.

Erfurter Damenschuhe. Hausschuhe von 10 Sgr. ab. Serge-Stiefel, gefüttert und ungefüttert, von 1 Rℓ. ab. Kinder-Stiefel von 10 Sgr. ab.

Elegante Leder- und Serge-Stiefel mit Elastic für Damen.
Englische Gummi-Schuhe und Boots für Damen und Herren.

Langgasse 69. H. A. Holst, Langgasse 69.

Die Laden-Einrichtung ist daselbst billig zu verkaufen. (3877

Feinstes Lagerbier

empfiehlt die **Bergschlößchen-Brauerei Braunsberg** in Original-Gebinden und Flaschen in der alleinigen Niederlage bei [3896

Robert Krüger, Hundegasse 34.

Pilsener Bier, 15 Flaschen 3 Mark,
Malzbier 25 „ 3 „

3895) **Robert Krüger, Hundegasse No. 34.**

Nach beendeter Inventur haben wir einen größern Posten

Tapeten und Teppiche,

ältere Muster,

zum Ausverkauf

gestellt und empfehlen dieselben angelegentlichst zu

äußerst billigen Preisen.

P. Niese Nachfolger,
64. Langgasse 64. (3938

VAUXHALL

Langgarten 31 (früher **Selonke.**)

Sonnabend, den 26. Januar:

Grand Ball.

Anfang 9 Uhr. Entree: Herren 1 M., Damen 50 ₰.

Strohhüte

werden zur Wäsche u. Modernisirung bei großartiger Formenauswahl angenommen.

3899) **S. Abramowsky.**

Prima Holländische Voll-Heringe

in ⅛ To. Original-Packung offerirt billigst **Friedr. Garbe,** Ankerschmiedegasse 24.

Eine Partie große Hasen, Birk- u. Haselhühner, leb. Hummer u. Fasanen

empfing und versendet

die Wild- u. Delicateß-Handlg.
C. M. Martin.

Fette Puten

empfiehlt (3903

Julius Tetzlaff.

Stroh-Hüte

zur Wäsche und Modernisirung

à 60 und 70 Pfg. werden angenommen und den Neuen gleichgestellt.
Neueste Façons zur gefälligen Ansicht.

M. Kusch,
Heiligegeistgasse No. 34.

Lager und Fabrik künstlicher Haararbeiten auch aus dazu gelieferten Haaren, Salon zum Haarschneiden, Frisiren und Rasiren empfiehlt (3943

Louis Willdorff, Ziegengasse 5.

Feinster englischer Dachfilz.

Einen Rest dieses ausgezeichneten Bedachungs-Materials, (wesentlich besser als Dachpappe) beabsichtige ich zu 55 Pf. pro □ Meter zu verkaufen.

Wilhelm Theune, Stettin.

Ein kurz. gut kling. Flügel billig zu verkaufen Vorstädt. Grab. 24, 2 T.

Geldschränke,

feuer- und diebessicher mit Stahlpanzer, sowie Chatullen, Einsätze zu Cylinderbureaux, Sicherheitsschlösser pp. empfiehlt zu billigsten Preisen (3926

R. Wessel, Heil. Geistgasse 92.

Thürwerfer

zu billigsten Preisen unter Garantie empfiehlt

R. Wessel, Heil. Geistgasse 92.

Ein tafelf. Piano, 7 Octaven kräftig. Ton sehr billig zu verk. Vorst. Grab. 24, 2 Tr.

Ein Mühlengrundstück

an der Eisenbahn mit **2 Mahlgängen,** jährlicher Umsatz 100 Last Getreide, herrschaftlichem Wohnhause, 5 kleinere Häuser mit 14 Wohnungen, großem **Mergellager,** 40 Morgen Wiesen, 60 Morgen Ackerland, großem Mühlenteich worin Karpfen, Lachsforellen 2c. ist mit lebendem und todtem Inventar für den sehr billigen Preis von 18 000 Rℓ. zu verkaufen und gleich zu übernehmen. Das Grundstück verzinst sich auf 40 000 Rℓ. Näheres durch

Frederik Andersen,
3948) Langenmarkt 21.

Thierarzt

für einen stark bevölkerten wohlhabenden Distrikt gesucht. Nähere Auskunft durch

Wenzel & Mühle,
3932) Danzig.

Eine mit der **Putz-Confection** sehr tüchtige und vertraute

Verkäuferin

kann sich melden bei (3899

S. Abramowsky.

Ein Lehrling mit guter Schulbildung findet Stellung bei H. M. Herrmann.

Ein unverheiratheter, ältlicher

Inspector

findet mit 500 Mark Gehalt in **Garden** per Sommerau Stellung. (3892

Ein prakt. Destillateur,

der auch gleichzeitig mit der Colonialwaaren-Branche vertraut, wünscht zum 1. April Stellung. Gef. Off. unter 3911 in der Exp. d. Ztg. erbeten.

Ein junger Mann, mit der Buchführung und den Comtoirarbeiten vertraut, sucht bei bescheidenen Ansprüchen Stellung. Gef. Adr. w. unt. 3901 i. d. Exp. d. Ztg. erb.

Tüchtige unverh. u. verh. **Kunst-Gärtner** aus versch. Provinz. desgl. Inspector. u. Kommis empfiehlt gratis Neufahrwasser **L. Dietrich,** Kunst- und Handelsgärtner.

Eine jüngere geb. Landwirthin letzte Stelle 3 Jahre empf. J. Hardegen, Hl. G. 100.

Eine junge Werder-Wirthin l. St. 3 Jahre empf. p. s. J. Hardegen, Hl. Geistg. 100.

Einen erf. herrsch. Diener für Danzig wird gesucht d. J. Hardegen, Hl. Geistg. 100.

Diener u. Gärtner f. G. w. n. J. Hardegen.

Eine Jungfer in gesetztem Alter empfiehlt fürs Land J. Hardegen, Hl. Geistg. 100.

Eine wenige Monate gebrauchte 2pferdige

Gaskraftmaschine,

bekannt unter der Bezeichnung **„Otto's neuer Motor"** ist zu bedeutend ermäßigtem Preise zu verkaufen durch

E. Wagner,
Danzig,
Vorstädt. Graben 31.

Eine Restaurations-Wirthin empfiehlt für außerhalb J. Hardegen, Hl. Geistg. 100.

Für die Sommer-Monate wünsche ich e. Restaurant m. Gart. z. pacht. Adr. unter 3874 in der Exp. d. Ztg. erbet.

Pensionaire

finden freundliche Aufnahme. Näheres Holzgasse 28, 1 Tr. (3927

Eine herrsch. Wohnung

von 5 Zimmern nebst Zubehör auch Burschengelaß ist gleich oder zum 1. April zu beziehen. Näheres Langgarten 30. (3906

Ein billiges Zimmer

nebst Pension wird von sofort gesucht.
Offerten unter **1878** in der Exped. dies. Zeitung erbeten. (3893



General-Versammlung
des
See-Schiffer-Vereins

Sonnabend, den 26. Jan. cr., Nachmittags 3 Uhr, im neuen Vereinslokal Heiligegeistgasse No. 107.
Tagesordnung: Rechnungslegung pro 1877. Wahl der Beamten.

Weinhandlung
von
Bernhard Fuchs,
Gr. Scharrmachergasse 7.
Frische Seemuscheln.

Heute Freitag Abend
Karpfen in Bier
empfiehlt
Julius Frank.

Restaurant Kleophas
Breitgasse 118,
empfiehlt sich dem geehrten Publikum.

Stadt-Theater.

Sonnabend, den 26. Januar. (**Abonn. susp.**). **Zu halben Preisen: Uriel Acosta.** Trauerspiel in 5 Acten von Carl Gutzkow.

Sonntag, den 27. Januar. (**5. Ab. No. 19.**) **Verlorene Ehre.** Charakterbild in 3 Acten von Bohrmann-Riegen. Hierauf: **Die Kunst, geliebt zu werden.** Singspiel in 1 Act von Gumbert.

In Vorbereitung: **Armin.** Große heroische Oper in 5 Acten von Felix Dahn. Musik von Heinrich Hoffmann.

Wilhelm-Theater.

Langgarten 31.

Sonnabend, den 26. Januar 1878:

Grosse Vorstellung.

Auftreten der aus 28 Mitgliedern bestehenden Schauspiel-, Sänger-, Tänzer- und Künstler-Gesellschaft.

Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr. Vorverkauf von 11—1 Uhr im Wilhelm-Theater. **Die Direction.**

Wagalawaia-Thalatta.

Um anderen Liqueuren besserer Qualität Platz zu machen habe ich einen Posten Wagalawaia u. Thalatta von Herrn **Schmigielsky** aus Königsberg für den halben Selbstkostenpreis und noch viel billiger abzugeben. (3946

Lipinski.

„Veritas" Berliner Vieh-Versicherungs-Gesellschaft.

Anno 1863.

Versicherungs-Capital **M. 8,080,370,** bezahlte Schäden **M. 856,659,** versichert **Pferde, Rindvieh, Schweine gegen alle Verluste** (Tod durch Krankheiten, Seuchen, Unglücksfälle 2c.) zu billigen Prämien. Anträge nimmt entgegen der **General-Agent** für Preußen **M. Fürst,** Heiligegeistg. 112.

Albertvereins-Lotterie in Dresden Hauptgewinn M. 30000. Ziehung 11 Februar c., Loose à 5 M. (Prospekte gratis). Diese Loose werden nur noch wenige Tage verkauft.

Fröbel-Lehrerinnen-Seminar-Lotterie, Ziehung 12. März, Loose à 3 M., bei **Th. Bertling,** Gerberg. 2.

Die Gewinnliste der Dombau-Lotterie ist einzusehen, auch à 20 ₰, nach auswärts frco. à 23 ₰, zu haben bei (3929

Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Verantwortlicher Redacteur H. Röckner, Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

Hierzu eine Beilage.